

# Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabakarbeiter erscheint jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Kolporteurs sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pfg. ohne Bringerlohn per Kreuzband 1.15 Mk.; monatlich 25 Pfg., per Kreuzband 39 Pfg. Vorausbezahlung.

Anzeigen müssen bis Dienstag früh in unserer Expedition aufgegeben sein. Die 5 gespaltenen Zeilen kosten 25 Pfg.; der Betrag ist voraus zu bezahlen. — Arbeitergehälter sind ausschließlich an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II. zu senden.

Nr. 27.

Sonntag, den 2. Juli.

1905.

Expedition: Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21.

## Zur gest. Beachtung!

Berichte und Korrespondenzen für den Tabakarbeiter müssen bis spätestens Montagabend an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II. oder bis Dienstag vormittag an die Redaktion, Leipzig, Südstraße 59 gesandt sein. Alle später eingehenden Sendungen werden zur nächsten Nummer zurückgestellt. Die Redaktion.

## An die Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!

Unerschrocken und unter den schwersten Opfern kämpfen nun bereits 6 Wochen unsere Dresdner Kolleginnen gegen eine Vereinigung von Zigarettenfabrikanten, die von ihnen den Austritt aus dem Deutschen Tabakarbeiterverbande verlangt und auch nicht gewillt ist, ihnen bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu gewähren. Die Zigarettenfabrikanten im Arbeitgeberverbande, wohl wissend, daß durch die Zertrümmerung der gewerkschaftlichen Organisation jeder Widerstand ihrer Arbeiterinnen gebrochen wird und deren Auspöckerung unbehindert weiter fortgeführt werden kann, setzen alles daran, um ihr Ziel zu erreichen. Jede Handlung, die einigermaßen Aussicht auf Erfolg verspricht, wird begangen, um den bewundernswürdigen Mut und die Geschlossenheit der kämpfenden Kolleginnen zu brechen, um die Rechtlosmachung durchzusetzen. Durch eine Reihe von Polizeimaßnahmen gegen die Ausständigen fühlen sich die Unternehmer in ihrem arbeiterfeindlichen Vorgehen noch gestützt.

Diesen Geschehnissen darf die Kollegenschaft nicht Gemehr bei Fuß zusehen! Sie muß im Interesse der Erhaltung der allerdings noch jungen Organisation der Dresdner Zigarettenarbeiterinnen bestrebt sein, diese zu schützen.

Es ist darum ein Gebot der Notwendigkeit für alle Kollegen, mit allen Mitteln den Kämpfenden zur Seite zu stehen. Eine mangelhafte Organisation unserer Kolleginnen würde lähmend auf die gesamte Verbandstätigkeit wirken, während eine gute Organisation der Kolleginnen uns vorwärts bringt auf der Bahn zu besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen. Nicht schöne Worte und schön formulierte Resolutionen helfen dies schwierige Werk vollbringen, sondern in erster Linie die tatkräftige Hilfe.

Kollegen und Kolleginnen Deutschlands! Wir fordern deshalb im Interesse der kämpfenden Dresdner Kolleginnen und des gesamten Verbands, daß jeder seine Pflicht in moralischer und finanzieller Beziehung erfüllt. Geschieht dies, so sind wir sicher, daß die kämpfenden Dresdner Kolleginnen den Sieg davontragen werden und die Organisation unserer Kolleginnen in schnellerem Tempo sich entwickeln wird. Zu unterstützen sind noch über 3000 Kolleginnen.

Die Lohnkommission.

## Der Arbeiterinnenschutz im heutigen Klassenstaat

hat eine traurige Illustration erfahren durch die Vorschläge des Ausschusses der internationalen Arbeiterkongresskonferenz in Bern, welche von der letzteren auch zum Beschluß erhoben, einstweilen noch als wertloses Dekorationstück der sozialpolitischen Gesetzgebung der einzelnen Länder figurieren.

Die Herren, welche diesen sozialpolitischen Eierdanz in Bern aufgeführt haben, besitzen von den fürchterlichen Gefahren der Frauennachtarbeit in den einzelnen Branchen ein Verständnis, das eine Behandlung dieser Frage im Sinne der Arbeiterschaft von vornherein ausschließt.

Nur dieser geradezu frappanten Unkenntnis der Dinge ist es zuzuschreiben, daß die Konferenz eine Reihe lauscherähnlicher Beschlüsse fassen konnte, die für die Regierungen der einzelnen Länder durchaus unverbindlich sind, von den Unternehmern — wie heute schon — nicht beachtet werden und an dem Tage ihres in Aussicht genommenen Inkrafttretens (in 3—10 Jahren ab 1. Januar 1908) von dem Gang der wirtschaftlichen Entwicklung längst überholt sind.

Mit dem Wörtchen „kann“ hat diese offizielle sozialpolitische Spielerei angefangen, mit „soll“ hat sie ein unrühmliches Ende erreicht und etwas Definitives wird nur dann zustande kommen, wenn die Arbeiterschaft mit unbeugsamer Energie ein chernes „Muß“ dahinter setzt, auf Grund eigener Erfahrung und dementisprechenden gesetzlichen Vorschlägen.

Die aussichtslosen „Grundzüge“ eines internationalen Übereinkommens betr. das Verbot der industriellen Nachtarbeit der Frauen lauten wie folgt:

Die industrielle Nachtarbeit der Frauen soll ohne Unterschied des Alters unter Vorbehalt mit folgenden Ausnahmen verboten sein: Das Übereinkommen erstreckt sich auf alle industriellen Unternehmungen, in denen mehr als zehn Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt sind. Es findet keine Anwendung auf Anlagen, in denen nur Familienmitglieder tätig sind. Jeder der vertragschließenden Teile hat den Begriff (1) der industriellen Unternehmungen festzustellen. Unter allen Umständen sind aber hierzu zu rechnen Bergwerke und Steinbrüche sowie Bearbeitung und Verarbeitung von Gegenständen. Dabei sind die Grenzen zwischen Industrie einerseits und Handel und Landwirt-

schaft andererseits (?) durch die Gesetzgebung jedes einzelnen Staates zu bestimmen.

Artikel 2: Die im vorhergehenden Artikel vorgesehene Nachtruhe hat die Dauer von mindestens elf aufeinanderfolgenden Stunden. In diesen elf Stunden soll in allen Staaten der Zeitraum von zehn Uhr abends bis fünf Uhr morgens einbezogen sein. In denjenigen Staaten jedoch, in denen die Nachtarbeit der erwachsenen industriellen Arbeiterinnen gegenwärtig nicht geregelt ist, darf die Dauer der ununterbrochenen Nachtruhe während einer Uebergangsfrist von höchstens drei Jahren (!) auf 10 Stunden beschränkt werden.

Artikel 3: Das Verbot der Nachtarbeit kann außer Straftreten 1. im Falle einer nicht vorherzusehenden, sich nicht periodisch wiederholenden Betriebsunterbrechung, die auf höhere Gewalt (?) zurückzuführen ist; 2. für Verarbeitung leicht verderblicher Gegenstände zur Verhütung eines sonst unvermeidlichen Verlustes an Rohmaterial.

Artikel 4: In den dem Einflusse der Jahreszeit unterworfenen Industrien (Saisonindustrien), sowie unter außergewöhnlichen Verhältnissen in allen Betrieben kann die Dauer der ununterbrochenen Nachtruhe an 60 Tagen im Jahre bis auf zehn Stunden beschränkt werden.

Artikel 5: Die Urkunden über die Ratifikation des Übereinkommens sollen spätestens am 31. Dezember 1907 hinterlegt werden. Für das Inkrafttreten des Übereinkommens wird eine Frist von drei Jahren bestimmt, die von der Hinterlegung der Ratifikationsurkunden an zu rechnen ist. Diese Frist soll zehn Jahre betragen 1. für die Fabriken, die Rohzucker aus Rüben herstellen; (!!) 2. für Schafwollkämmerei und Spinnerei; 3. für Arbeiten über Tage in Bergwerken, sofern diese Arbeiten für die Dauer von mindestens vier Monaten im Jahre infolge von klimatischen Verhältnissen eingestellt werden müssen.

Wie man sieht, sind diese Grundzüge so weitmaschig gefast, daß, falls sie Gesetz würden, schließlich auch der dümmste Unternehmer durchschlüpfen könnte. Man war sorgfältig bemüht, den „eigenartigen Verhältnissen“ der einzelnen Länder (es muß heißen: den Interessen der Unternehmer) Rechnung zu tragen und hat somit ein Konglomerat von „Möglichkeiten“ geschaffen, für das die Arbeiterschaft nur Spott und Hohn übrig haben kann.

Warum man sich nicht mit den Maßnahmen zur generellen Durchführung des Verbotes der Nachtarbeit beschäftigt, springt sofort in die Augen, wenn man in Betracht zieht, daß die herrschende kapitalistische Gesellschaft ein Interesse daran hat, das Weib auch durch die Nachtarbeit als Lohnbrücker zu bemerken und damit einen unheilvollen Einfluß auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der männlichen Arbeitskräfte auszuüben.

## Entlarvte Koalitionsrechtsfeinde.

Der Kampf ums Koalitionsrecht der Dresdner Zigarettenarbeiterinnen dauert fort. Die Zigarettenfabrikanten kümmern sich nicht um die empörten Proteste der gesamten Arbeiterschaft. Sie glauben hochmütig der öffentlichen Meinung der klassenbewußten Arbeiter und der — allerdings dünn gefähen — sozialpolitisch erleuchteten bürgerlichen Elemente trotzen zu können. Sie vertrauen auf die Stumpfheit, die Gleichgültigkeit, sie verneinen auch künftig noch ungeschmälerkten, ja steigenden Absatz für ihre Waren zu finden, selbst nachdem sie herausfordernd der Arbeiterschaft den Handschuh ins Gesicht geworfen und heiße stürmende Erbitterung gesät haben.

Auf die Gleichgültigkeit, auf die Trägheit der Masse rechnen die Zigarettenfabrikanten, auf die traurige Tatsache, daß Tausende von Arbeitern noch bürgerliche Blätter, Inseratenplantagen mit sogenannten unparteilichen Beilagen, lesen. Daß sie deshalb die große Bedeutung dieses frechen Anschlags auf das wichtigste Arbeiterrecht nie erfahren. Daß sie nicht wissen werden, was die Dresdner Zigarettenfabrikanten auch ihnen antun. Daß sie im Gegenteil aus der reichen Fülle von Inseraten der Zigarettenfabriken, die sie in ihrem Leitblatte finden, schließen werden, daß die Unterstützung der Fabrikanten, daß der Konsum der von ihnen verkauften Zigaretten eine erlaubte, eine harmlose Sache sei. Es ist traurig, daß solch eine Spekulation noch möglich ist. Aber wenn sie noch möglich ist, so ist sie deshalb doch nicht richtig. Den schädlichen Einfluß der verdummenden, abstumpfenden Lektüre solcher Blätter vermag die Arbeiterbewegung heute doch schon zu überwinden. Das sollen auch die Dresdner Zigarettenfabrikanten erfahren. Daran zu arbeiten, ist jedes klassenbewußten Arbeiters Pflicht.

Und indirekt haben die Koalitionsrechtsräuber der öffentlichen Meinung in der Arbeiterschaft bereits ihre Verbeugung machen müssen. Das zeigt sich darin, daß sie nicht den Mut zum Bekenntnis ihrer Taten haben. Sie leugnen in ihren Beröffentlichungen die Absicht, den Arbeiterinnen

das Koalitionsrecht zu nehmen. Sie erkennen es an, so versichern sie mit treuherziger Miene, nur den speziellen Gebrauch, den die Arbeiterinnen davon machen, indem sie dem Tabakarbeiterverband beitreten, den wollen sie nicht. Nicht weil sie Gegner der Arbeiterorganisation überhaupt sind, sondern weil der Tabakarbeiterverband als ein Verband von Zigarettenmachern von der Zigarettenindustrie nichts versteht. Lediglich das mangelnde Sachverständnis der Leiter des Tabakarbeiterverbandes ist der ganze Grund des Gewalttums der Dresdner Zigarettenfabrikanten vom Ring.

Diese fadenscheinige aller Ausreden ist freilich nicht einmal das Papier wert, darauf sie gedruckt wurde! Daß ein urteilsfähiger Arbeiter auf diesen Leim gegangen wäre, das ist gerade so wahrscheinlich und glaubhaft wie — die Ausrede selbst. Immerhin ist es nicht überflüssig, die Fabrikanten mit ihrem eigenen Brennmaterial aus dem Rauchloch herauszuräuchern. Dies Material ist ein Lehr- und Arbeitsvertrag, wie er dieser Tage einer Frau von der Ringfabrik Penidze vorgelegt worden ist. Wir drucken ihn in ganzer Größe ab, weil die Bestimmungen samt und sonders Anspruch auf Interesse haben. Hier ist er:

### Lehr- und Arbeitsvertrag.

Die Unterzeichnete . . . . . tritt heute bei der Orientalischen Tabak- und Zigarettenfabrik Penidze in Dresden als Lernende unter folgenden Bedingungen ein:

§ 1. Die Lehrzeit dauert 6 Monate, während die Lernende für die von ihr angefertigten Zigaretten einen Arbeitslohn von 2.30 Mk. bis 3 Mk., mit Ausnahme der ersten Lehr-10 000, welche mit 1.50 Mk. pro Mille bezahlt werden, erhält, je nachdem die Arbeit ausfällt. Es wird jedoch für die ersten vier Wochen ein Wochenlohn von 9 Mk. garantiert. Nach Ablauf dieser Zeit steht es in dem Ermessen der Arbeitgeberin, den Lohn pro Woche, soweit er die Summe von 9 Mk. nicht erreicht, darauf zu erhöhen.

§ 2. Als Lehrgeld sind 23 Mk. zu entrichten, und zwar in wöchentlichen Raten von 1 Mk., welche von dem Arbeitsverdienste gekürzt werden.

§ 3. Die genannte Arbeiterin verpflichtet sich hierdurch ehrenwörtlich, daß sie dem Deutschen Tabakarbeiterverband oder einem Verbandsmitglied angehört, noch während der Dauer ihrer Beschäftigung bei der Arbeitgeberin in einen solchen Verband treten wird. Sollte sie ihr auf Ehrentwort gegebenes Versprechen nicht halten, dann erkennt sie das Recht der Arbeitgeberin an, sie sofort zu entlassen. Sie verpflichtet sich ferner, nach vollendeter Lehrzeit noch ein Jahr bei der Arbeitgeberin zu bleiben, während sich letztere verpflichtet, sie für diese Zeit zu beschäftigen.

§ 4. Bei etwaigem Vertragsbruch hat die Arbeiterin an die Firma eine Entschädigung bis zur Höhe des Wochenlohnes zu entrichten. Als Sicherheit für diese Entschädigung erlegt die Arbeiterin eine Kaution in Höhe von 10 Mk., welche von dem Wochenlohne in Raten von 1 Mk. zum Abzug gelangt.

§ 5. Diejenigen Arbeiterinnen, welche auf Grund dieses Vertrages bei genannter Firma 1½ Jahre beschäftigt waren, erhalten in Anbetracht ihrer guten Führung von dem eingezahlten Lehrgelde 20 Mk. mit 3½ Prozent verzinst zurück. Es ist selbstverständlich, daß dann auch die Rückzahlung der nach § 4 hinterlegten Kaution von 10 Mk. erfolgt, und zwar ebenfalls mit 3½ Prozent verzinst.

§ 6. Lernende, resp. Arbeiterinnen, welche aus irgend einem Grunde vor Ablauf der vertragmäßigen Frist die Arbeit verlassen oder verlassen müssen, haben keinen Anspruch auf Rückzahlung des Lehrgeldes oder der Kaution.

§ 7. Nach Ablauf von 1½ Jahren tritt die gleiche vierzehntägige Kündigungsfrist in Kraft.

§ 8. Während der Vertragszeit von 1½ Jahren darf die Arbeiterin bei Vermeidung der gesetzlichen Strafen in keine Konkurrenzfabrik in Beschäftigung treten.

§ 9. Beide Teile können von dem Vertrage innerhalb der ersten 14 Tage zurücktreten. Während dieser Zeit werden keine Lohnabzüge gemacht.

§ 10. Zu vorstehendem Vertrage erteilt der mitunterzeichnete Herrmann seine Genehmigung.

Dresden, den 14. Juni 1905.  
Für die Orientalische Tabak- u. Zigarettenfabrik Penidze, Dresden.  
Thieme.

Die Echtheit der Unterschrift . . . . . wird hierdurch beglaubigt.  
Der Gemeindevorstand.

Der Vertrag ist ein Mustervertrag. Alles, was erdenklich ist, um die Arbeiter zum mehrfachen, geknebelten Ausbeutungsobjekt zu machen, ist darin zur Anwendung gebracht. Uns interessiert aber vor allen Dingen der § 3. Er ist es, der die Absicht des Fabrikantenrings, den Arbeiterinnen das Koalitionsrecht zu rauben, das Koalitionsrecht an sich, nicht etwa das Recht auf Beitritt zum Tabakarbeiterverband, in brutaler Nacktheit enthüllt. Ehrenwörtlich soll sich die Arbeiterin verpflichten, daß sie dem Deutschen Tabakarbeiterverband oder einem Verbandsmitglied angehört noch beitreten wird!

„ . . . oder einem Verbandsmitglied mit ähnlichen Bestrebungen.“ Hier zeigt sich auch dem Blödesten der Pferdeschweif. Die Achtung des Verbands der Tabakarbeiter wird auf alle Verbandsmitglieder mit ähnlichen Bestrebungen ausgedehnt! D. h. auf alle Arbeiterorganisationen über-

**Haupt.** Denn jede Arbeiterorganisation, die die Interessen der Arbeiterinnen wirklich energisch vertritt, die ihnen bessere Löhne und kürzere Arbeitszeit usw. erkämpfen will, hat ja „ähnliche Bestrebungen“ wie der Tabakarbeiterverband.

Sier fällt auch die letzte Maske. Dieser Lehr- und Arbeitsvertrag bedeutet die völlige Demaskierung der Schamacher in der Dresdner Zigarettenindustrie!

## Ein amtliches Zeugnis für den Achtstundentag.

Eine sehr wesentliche und geschildert festgelegte Verfürzung der heute im Allgemeinen noch üblichen Arbeitszeit ist die Voraussetzung und der Grundstein einer wirklich ernsthaften und durchgreifenden Sozialreform. So lange nicht die Forderungen der Massenbewussten Arbeiterschaft in Bezug auf die Arbeitszeit verwirklicht sind, kann von einer ernsthaften Sozialreform gar nicht die Rede sein. Die großen Ausgabebestimmungen der Arbeiterversicherung, mit denen die Gegner haufieren gehen, beweisen gerade aufs Schlagendste, wie notwendig ein durchgreifender Arbeiterschutz ist, um die enorm großen Kranken- und Invalidenheere möglichst zu vermindern. Denn darüber kann unter einsichtigen und vernünftigen Menschen kein Zweifel mehr bestehen: die heute übliche lange Arbeitszeit, verbunden mit einer dauernd sich steigenden Ausnützung der menschlichen Arbeitskraft verursacht in erster Linie mit die erschreckend hohe Krankheitshäufigkeit und Invalidität bei der Arbeiterklasse. Darum: **Verfürzung der Arbeitszeit muß stets die Parole speziell der Gewerkschaftsorganisationen sein, und es liegen heute schon Beweise genug vor, daß z. B. der von den Arbeitern geforderte Achtstundentag sehr gut durchführbar und in hohem Maße nützlich ist.** Ein neuer Beweis ist nun wieder in Königsberg gegeben worden. Dort wurde vor einigen Jahren der Achtstundentag für die Gasanstalt eingeführt. Als man sah, daß er sich vorzüglich bewährte, führte man ihn im Elektrizitätswerk auch ein. Auch die Arbeitszeit der Straßenbahner wurde erheblich verkürzt. In diesem Jahre äußerte sich der Magistrat in der Stadtverordnetenversammlung über die Erfahrungen, die er in der Gasanstalt mit dem Achtstundentag gemacht hat. Das Resultat fiel vorzüglich aus, und unser Genosse Braun stellte den Antrag, das Material, das der Gasanstaltsdirektor Robert gesammelt hatte, drucken zu lassen. Der Antrag wurde angenommen und aus dem jetzt vorliegenden amtlichen Druckwerk teilt man uns einiges mit. So heißt es darin:

„Es wurde in den bisherigen zwei Jahren Betriebsdauer der neuen Gasanstalt die Erfahrung gemacht, daß die Haltung der Betriebsarbeiter eine ganz vorzügliche war, dagegen waren Trunkenheit im Dienst und andere Disziplinverletzungen gerade im Ofenhaus im alten Betriebe nicht selten.“

**Also vor dem Achtstundentag Trunkenheit, jetzt vorzügliche Haltung.** Aber weiter! Man lese:

„Im alten Betrieb der Gasanstalt und nach Mitteilungen der Betriebsleiter größerer Gaswerke mit zwölfstündiger Schichtdauer ist die Erfahrung gemacht, daß besonders im Frühjahr und Herbst gerade das Ofenhaus einjähr. Kohlentransport die größte Anzahl Kranter stellt; es handelt sich dabei meistens um Rheumatismus oder akute Erkrankung der Atmungsorgane. Auffallenderweise haben wir bereits im ersten Jahre der achtstündigen Schicht und auch bisher die Beobachtung gemacht, daß bei dem dreimaligen Schichtwechsel die Erscheinung verschwunden ist. Wir haben dann von der Gasanstalt in Mainz, wo gleichfalls die achtstündige Arbeitszeit eingeführt ist, vor kurzem dieselbe Beobachtung bestätigt gehört. Die Gründe sind naheliegend...“

„Nach der Ansicht des gesamten Betriebsaufsichtspersonals zeigen die bisherigen Erfahrungen mit der abgekürzten Arbeitszeit, daß die leider oft ausgesprochene Erwartung, daß Arbeiter durch eine längere freie Zeit keine Vorteile für ihre gesamte Lebenshaltung erlangen und nur dem Alkohol tiefer verfallen, daß diese Erwartung bei der Gasanstalt durchaus nicht erfüllt ist.“

Ueber die Leistungsfähigkeit sagt der amtliche Bericht: „Es haben sich bei den vorstehend erörterten Arbeitsverhältnissen (Achtstundentag) die Tagesleistungen der Arbeiterkolonnen nicht verringert; bei Arbeiten auf freier langer Strecke ist die Leistung pro Mann und Tag sogar gestiegen.“ Dieses Zeugnis wird den Außenarbeitern ausgestellt, die eine neunstündige Arbeitszeit mit halbständiger Pause haben.

„... Bezüglich der Disziplin konnte festgestellt werden, daß sich die Verhältnisse merklich geändert haben durch den Fortfall einer langen Pause, die doch meist in der Nähe der Baustelle, in der Deffille verbracht werden muß. Das gilt namentlich für die Löhningstage und bezüglich der bei Rohrreparaturen angenommenen Gelegenheitsarbeiter. Letztere bleiben sehr häufig nach wenigen Tagen von der Arbeit fort, oder kommen nach der Mittagspause betrunken zur Arbeitsstelle. Dieses Uebel ist nahezu ganz ausgeschlossen worden bei den Rohrverlegungsarbeiten in den Vororten mit durchgehender verkürzter Arbeitsschicht. Die bestehende Arbeitseinteilung hat sich bisher bestens bewährt, sowohl hinsichtlich des technischen Erfolges, als auch mit Rücksicht auf Kosten und Disziplin...“

„Es wurde nun auch versucht, bezüglich der durchgehenden Arbeitszeit Uebelstände technischer oder wirtschaftlicher Natur festzustellen, soweit das nach der kurzen praktischen Erfahrung möglich ist... Beim Betriebe haben solche Nachteile nicht festgestellt werden können... Bei Installationsbetrieb und Rohrlegung wird von den zunächst beteiligten Dienststellen in jeder Hinsicht nur günstiges über die verkürzte Arbeitszeit berichtet. Kleine Uebelstände ergeben sich zuweilen daraus, daß die Aufsichtführenden bei der gesteigerten Leistungsfähigkeit der Arbeiterkolonnen zuweilen nicht schnell genug die Abnahme der Arbeit bewirken... Inseiner Ueberzeugung nach wird aber Gesundheit wie auch Disziplin noch mehr erhalten und gefördert.“

Dieses günstige Zeugnis spricht doppelt für die Wohltaten des Achtstundentages, wenn man erwägt, daß es ausgestellt ist von einer freisinnigen Stadtverwaltung, die gewiß nicht verdächtig ist, auf sozialpolitischem Gebiet ungestüm vorwärts zu stürmen. Auch ist dabei zu erwägen, daß unermittelt von der zwölf- auf die achtstündige Schicht übergegangen ist, also eine Verfürzung der Arbeitszeit um ein volles Drittel stattgefunden hat. Wir möchten ganz besonders der Verwaltung unserer Hamburger Gaswerke das Studium des Berichts empfehlen; vielleicht wird dann doch endlich ihr langjähriger jäher Widerstand gegen die von den Hamburger Gasarbeitern längst geforderte Achtstundenschicht nachlassen.

## Ueber den Kölner Gewerkschaftskongreß

Der Genosse Hueber in Wien in der Plenarversammlung der Gewerkschaftskommission, deren Sekretär er ist, einen Bericht erstattet, der, wie wir glauben, als ein Urteil ausländischer Gewerkschaften auch für unsere Leser von großem Interesse sein wird.

Deutsche Gewerkschafter sagten auch in Köln, der Massenstreik gehöre nicht auf den Gewerkschaftskongreß. Das ist falsch, wenn auch Adler in der Arbeiterzeitung sagte, der Massenstreik habe mit den Massen der Gewerkschaften nichts zu tun. Mit dem Moment, wo er durchgeführt werden soll und die wichtigsten Industrie- und Verkehrswege in den Streik gesetzt werden sollen, müssen die gewerkschaftlichen Organisationen eingreifen. Zum Massenstreik gehören 1. die Organisation, 2. eine vollständige sozialdemokratische Erziehung und 3. die vollständige Uebereinstimmung der Gewerkschaft in dieser Frage mit der politischen Partei...

Es ist kein Massenstreik möglich, wenn sich die Gewerkschaften dagegen stellen. In Deutschland ging Bismarck sogar so weit, daß er selbst die Propaganda für den Massenstreik verwerflich nannte. So werden wir es nicht machen, sondern wir sagen ruhig: Wenn sich die Notwendigkeit ergibt — so viel revolutionäres Empfinden hat die österreichische Arbeiterschaft noch —, so untersucht man nicht, ob die Partei oder die Gewerkschaft mehr interessiert ist, sondern der Massenstreik wird einfach gemacht und als Kampfmittel angewendet, mit oder ohne formelle Zustimmung beider Teile, weil je beide Seiten so weit gereift sind, daß sie die Notwendigkeit begreifen. So ein Massenstreik wird ja nicht mehr lange beraten und ausgeklügelt, sondern bricht im gegebenen Moment impulsiv durch. In der deutschen Partei kann es sich einmal rächen, wenn sie nicht die Gewerkschaften enger mit ihr verbindet. Aber ich glaube, sie wird nicht mehr weiter die Neutralität der Gewerkschaften predigen, sondern wird sich um die Gewerkschaften mehr kümmern. Man hätte sich nichts vergeben, wenn die Politiker in die Sitzungen der Gewerkschaften gekommen wären. Glauben Sie, daß das möglich gewesen wäre, daß auf einem Gewerkschaftskongreß der Massenstreik und der 1. Mai besprochen und unser Adler zu Hause geessen wäre? Die Berliner sind zu Hause geessen. Mindestens die Diskussion hätte sich ganz anders entwickelt, wenn Bebel in Köln gewesen wäre. (Aufe: Ist er auch eingeladen worden?) Da haben Sie ja recht, daß es schwer ist, wenn er nicht geladen war. Aber wer hätte es dem Bebel unmöglich gemacht? Und glauben Sie, Adler hätte sie gefragt? Ob geladen oder nicht, der geht einfach hin und schaut, was da los ist und läßt es zu einer Gefahr gar nicht kommen. Jetzt nach den Kölner Erfahrungen habe ich unsere Organisation erst recht lieb. Bei uns können solche Entremdungen gar nicht heranwachsen. Wir verfügen nicht über so große intelligente Massen, um die Arbeitsteilung so vollständig durchzuführen zu können, und so ist jeder von uns politisch und gewerkschaftlich tätig, und das schützt uns vor der Gefahr einseitiger gewerkschaftlicher und einseitiger politischer Versimpelung, die ja jede große Arbeitsteilung mit sich bringt. Dann ist auch unsere ganze Verfassung eine andre. Bei uns sitzen in der politischen Bezirksorganisation die Gewerkschafter als Vertreter der Gewerkschaft und unsere Vertreter sitzen in der Lokalorganisation. Jetzt nach Köln werden wir diese enge Verbindung erst recht pflegen, im Interesse der politischen Partei, aber auch im Interesse der Gewerkschaften selbst, weil es sich bei jedem Lohnkampf zeigt, welcher Unterschied ist, ob man klassenbewusste Arbeiter hat oder andre. Wo man aufgeklärte Leute, wirkliche Genossen hat, führt man einen Streik viel leichter, viel rascher und billiger als mit andern.

Von der Diskussion über die Maifeier will ich nicht viel reden. Schmidt erklärte, nicht in der Arbeitsruhe liege die wirksamste Demonstration, sondern in den gleichmäßigen Massenversammlungen am Abend. (Weiterkeit.) Ein Delegierter erklärte auf dem Kongreß offen, daß er am 1. Mai arbeite und für den lendenlahmen Gaul kein Opfer bringe, aber ein guter organisierter Arbeiter sei. Wenn das bei uns einer sagen wollte, der hätte noch nicht halb ausgesprochen und wäre schon von der Tribüne herunter. (Sehr richtig!) In Köln rührte sich niemand. Bei der Maifeier hat allerdings auch die deutsche Partei am Anfang einen Fehler gemacht. Die Gewerkschaften wollten ja die Maifeier durchsetzen, aber der Kölner Parteitag im Jahre 1893 gab ihnen einen Dämpfer. Damals hätte sie die deutsche Partei ganz gut so riskieren können, wie wir sie in Oesterreich riskiert haben. Die alten Genossen wissen, was wir im Jahre 1890 gemacht haben. Ganz Oesterreich gleich damals einem Kriegslager, aber die Maifeier wurde durchgeführt. Dazu gehört freilich nicht nur der reine nüchterne Verstand, sondern auch ein bißchen Idealismus und Begeisterung. Aber wohin kämen wir, wenn wir immer nur die Ziffern sprechen ließen und das Blut gar nie in Wallung käme! Man kann auch Begeisterung und Verstand vereinen. Doch ich hoffe, daß es sich auch in den Gewerkschaften Deutschlands bessern wird. Das entscheidende Wort sprechen ja doch die Massen und die Bergarbeiter haben dem Genossen Leimpeters, dem die Arbeitsruhe am 1. Mai nichts ist, deshalb schon gehörig zugesetzt, und, als Genosse Hueber für ihn eintrat, diesem nicht minder.

Uns Oesterreichern aber lehrt der Kongreß, daß wir so bleiben müssen, wie wir waren. Wir machen die Mode der neutralen Gewerkschaften nicht mit, sondern wollen sagen, daß unsere Gewerkschafter gute Sozialdemokraten sind und bei der Partei auch mitreden. Auch wenn die Gewerkschaften drei- und viermal so groß werden als heute, wird es dann keinen Gegensatz zwischen Partei und Gewerkschaft geben. Ich hoffe übrigens auch, daß der nächste internationale Kongreß beruhigend auf Deutschland wirken wird.

Die Ausführungen des Genossen Hueber fanden nur lebhaft Zustimmung, aber nicht den geringsten Widerspruch in der Sitzung, der ausschließlich Gewerkschaftsbeamte bewohnten.

## Rundschau.

**Eine neue Novelle zur Gewerbeordnung ist in Sicht.** Sie soll den Zehnstundentag für weibliche Arbeiter bringen. Wie man dem Breslauer Generalanzeiger von gut informierter Seite mitteilt, findet zurzeit zur Frage des Maximalarbeitstages für weibliche Arbeiter, die in der Novelle zur Gewerbeordnung gelöst werden sollte, Verhandlungen mit dem Auslande statt. Der Erlaß diesbezüglicher gesetzlicher Bestimmungen solle möglichst in Uebereinstimmung mit den in andern Staaten herrschenden oder demnächst einzuführenden Vorschriften gebracht werden. Dies müsse mit Rücksicht auf die Konkurrenzfähigkeit der heimischen Industrie am Auslandsmarkte geschehen. Es sei anzunehmen, daß die Novelle zur Gewerbeordnung im Laufe des kommenden Winters an den Reichstag gelangt.

Wenn die Mitteilung richtig ist, so erkennt man daraus die Uebervorsicht unserer offiziellen Sozialpolitiker. Sie fürchten die Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie noch bedroht, wenn der Zehnstundentag für Frauen gesetzlich festgelegt wird, obwohl tatsächlich bereits heute in Deutschland der größte Teil der weiblichen Arbeitskräfte nur zehn Stunden arbeitet, in einigen andern Staaten aber bereits weitere Verfürzungen vorgenommen sind. So charakterisiert sich die berühmte „deutsche Sozialreform“.

**Ein schlimmer Handel.** Die Kommission des preussischen Herrenhauses hat sich erweichen lassen und hat das Bergarbeitergesetz angenommen, das, kame es auf den

Willen der Arbeiter an, ihr eher heute als morgen in Stücke zerrissen vor den Füßen läge. Für diese sozialpolitische Großtat aber hat sie sich von der Regierung versprechen lassen, daß dem Reichstage sobald als möglich ein Gesetzentwurf vorgelegt werden solle, der den „Mißbrauch verhüten“ will, den die Sozialdemokratie mit den Krankenkassen treibe. Mit andern Worten: der Selbstverwaltung der Krankenkassen soll der Hals umgedreht werden.

So erzählt wenigstens die Neue Politische Korrespondenz und ihre Mitteilung ist durchaus glaubhaft. Hat doch der Reichskanzler selbst während der Beratung des Berggesetzes in leiser diplomatischer Verhüllung einen solchen Gesetzentwurf angekündigt.

Verfassungsrechtlich und sozialpolitisch ist dieser Handel gleich interessant. Zunächst ist er es durch den Umstand, daß hier ein Gegenstand, der der Reichsgesetzgebung unterliegt, zu einem Schacherobjekt für den preussischen Landtag gemacht wird. Auf solche Weise verschafft sich der preussische Landtag einen durchaus illegalen Einfluß auf die Gesetzgebung des Reichs. In Bayern, Württemberg, Baden uhm. soll das Klassenwesen auf den Kopf gestellt werden, weil der preussische Ministerpräsident mit dem preussischen Herrenhaus geteilt hat. Wenn der Reichstag nicht zum Laufburschen der Wirbich und Mantuffel werden will, so muß er einen Gesetzentwurf, der auf eine so merkwürdige Weise zustande gekommen ist wie die angekündigte „Ergänzung“ des Krankenkassengesetzes, schon aus diesem äußeren Grunde zurückweisen.

Wenn man aber erst die Sache aus sozialen Gesichtspunkten betrachtet, so erkennt man bald, daß es sich hier um einen der tollsten Streiche handelt, die jemals in der Geschichte der Massenkämpfe ausgeführt worden sind. Weil die Bergarbeiter „geschützt“ werden, soll den Arbeitern aller Branchen das Selbstverwaltungsrecht an ihren Kassen beschneidet werden. Das wäre schon abenteuerlich, wenn der geplante „Bergarbeiterschutz“ wirklicher Schutz wäre. Aber als „Schutz“ existiert er nur in den betrügerischen Vorpiegelungen einiger offizieller Politiker. Wenn den Arbeitern also ihr Anteil am Selbstverwaltungsrecht der Kassen genommen werden soll, so nimmt man ihnen nicht, weil man ihnen gegeben hat — und das wäre schon schlimm genug — sondern weil man schon beim Nehmen ist, so nimmt man ihnen weiter, weil man schon die Beische in der Hand hat, so schlägt man weiter darauf los. Man glaubt, die Arbeiter müßten sich das alles gefallen lassen. Aber der Krug geht nur so lange zum Brunnen, bis er bricht!

**Der Bischof als Zeitungsagitor.** Bei der Firmung in Breitenheim erklärte der noch jugendliche Bischof von Mainz, Dr. Kirstein:

„Liebe Frauen und Mütter! Wenn Ihr für Euren Bischof wirklich etwas übrig habt, so seht, wenn Ihr jetzt nach Hause kommt, nach, welche Zeitung Ihr haltet. Ist es keine christliche, so verlangt ganz energisch von Eurem Mann, daß Ihr eine solche Zeitung von nun an nicht mehr in Eurem Hause duldet, selbst dann nicht, wenn auch Eure Männer den größten Spektakel machen. Sagt zu ihnen, eine solche Zeitung könnt Ihr lesen, wo Ihr wollt, nur nicht in meinem Hause, denn wenn auch der Mann ein oder mehrere Male Spektakel macht, er gibt schließlich, um Frieden im Hause zu haben, doch nach und bestellt eine andre christliche Zeitung. Wenn Ihr bedenkt, welches Gift in solchen Zeitungen enthalten ist, so muß Euch das Herz bluten, und wenn man erst die armen, ach die armen Kinder sieht, die solche Zeitungen verbreiten müssen, so muß es Euch furchtbar wehe ums Herz sein und deshalb sage ich: Hin aus mit einer solchen Zeitung aus Eurem Hause, nur hinaus, hinaus!“

So der Bischof. Und die Männer samt den lieben Frauen und Müttern! Bisher waren in Breitenheim neben 207 Exemplaren unseres Mainzer Parteiblattes etwa 80 andre Zeitungen verbreitet. Nach der Rede Kirsteins sind die Abonnenten auf unser Parteiblatt um etwa zwei Duzend gestiegen, und die Zahl der Abonnenten auf gegenwärtige Blätter ist entsprechend gefallen. So die Antwort.

**Ein Kronzeuge vom Löbtauer Zuchthaus-Prozess!** Als ein netter Schuft hat sich der „Arbeiter“ erwiesen, der seinerzeit bei dem furchtbaren Drama, das mit der Beurteilung einer Anzahl Löbtauer Bauarbeiter zu unerhört schweren Zuchthaus- und Gefängnisstrafen endete, die unrühmliche Rolle des Kronzeugen und Denunzianten spielte. Dieses Subjekt, in Löbtau allgemein unter dem Namen „Lügen-Schmidt“ oder „Spigelschmidt“ bekannt, gab sich nach dem Löbtauer Kravall die denkbar größte Mühe, die einzelnen angeblich Beteiligten ans Messer zu liefern. Er ging damals mit dem früher in Löbtau sehr bekannten Brigadier Nestmann auf den Bauten herum und denunzierte diesem die ihm bekannten Teilnehmer. Die allgemeine Verachtung fast der gesamten Löbtauer Einwohnerschaft, vor allem der Arbeiter, traf ihn für diesen „Liesbedienst“.

Jetzt hat sich nun dieser Held in seiner ganzen „sittlichen und moralischen Größe“ geoffenbart, und das Verhängnis hat ihn ereilt, als er einen braven Arbeiter durch eine falsche Anzeige unglücklich machen wollte.

Dieser „Ehrenmann“ hatte vor einigen Monaten mit dem Maurer Zimmermann in einer Wirtschaft einen Streit. Er verließ vor 3. das betreffende Lokal und lauerte ihm auf, erhielt aber bei dem dann veruchten Ueberfall 3. selbst einen gehörigen Denktzettel für seine feige Tat. Aus Rache denunzierte er nun in bodenloser Frechheit Zimmermann bei der hiesigen Polizeidirektion und beschuldigte diesen, ihn auf offener Straße räuberisch angefallen und ihm hierbei die Uhr nebst Kette gewaltsam entrisen zu haben. Auf Straßenraub steht bekanntlich Zuchthausstrafe. Sehr bald stellte sich aber die völlige Unhaltbarkeit der Schmidtschen Schwindeleien heraus und es wurde nunmehr gegen ihn Anklage wegen falscher Anschuldigung erhoben. In der Verhandlung vor dem Landgericht, die am vorigen Donnerstag stattfand, wies der Maurer Zimmermann darauf ausdrücklich hin, daß der Angeklagte derselbe Schmidt sei, der im Löbtauer Zuchthausprozeß den Denunzianten und Kronzeugen gespielt habe. Der hereingefallene Denunziant, der als Schmarwerkmaurer Friedrich August Schmidt bezeichnet wurde, benahm sich auch in dieser Gerichtsverhandlung äußerst frech und unverschämt. Das nützte ihm aber nichts. Er erhielt für seine gemeingefährliche und schuftige Handlungsweise sieben Monate Gefängnis und zweijährigen Ehrenrechtsverlust. Außerdem kann der zu Unrecht Denunzierte auf Schmidts Kosten das Urteil publizieren lassen.

Die Opfer des Lüttauener Zuchtprozess haben sämtlich das Gefängnis wieder verlassen. Der Denunziant, auf dessen Angaben hin ihre Verurteilung mit Erfolg ist, wird vom Gericht als ein elender Lügner und Verleumder entlarvt und ins Gefängnis geworfen.

Man könnte dabei fast von einer rächenden Nemesis sprechen.

## Berichte.

**Dresden.** Zum Kampfe in der Zigarettenindustrie. Kürzlich fand im großen Saale des Trianons eine sehr zahlreich besuchte Versammlung der ausgesperrten Zigarettenarbeiterinnen und Arbeiter statt. Das Referat hatte unser Kollege Hlbig übernommen, das Thema lautete: Welches Interesse hat der Truist an der Verlängerung des Kampfes? Redner führte aus: Der Truist habe allerdings ein großes Interesse daran, daß ein Teil, und nicht der kleinste, der Zigarettenfabrikanten dem Ruin anheimfällt; denn in letzter Linie sei ja der Truist der lachende Erbe, er nur allein habe ein Interesse daran, daß der Kampf länger andauere. Mehr als sonderbar ist es jedenfalls, daß die größten Feinde des Truists heute mit demselben im Kampfe gegen die Arbeiterinnen partizipieren. Wäre ein Teil der Arbeitgeber nicht so töricht, so wäre es kaum möglich, daß sie ihren Standpunkt, das Verlangen des Austritts aus dem Tabakarbeiterverbande, aufrecht erhalten könnten. Der Vorsitzende des Verbandes, Kollege Reichmann-Bremen, zerplückte in trefflicher Weise die Ausführungen der Süddeutschen Tabakszeitung, die da behauptet, daß die Vertreter der Tabakarbeiter behauptet hätten, sie habe für ein Zusammengehen des Truists mit den übrigen Fabrikanten plädiert und sei einverstanden mit allen Vorgängen, die sich abspielten. Der Redner weist nach, daß er sowohl wie Kollege Hlbig das Gegenteil gesagt hätten. Auf Sympathie habe der Arbeitgeberverband nicht zu rechnen, wenigstens wage man von seiner Seite das Verlangen: Austritt aus dem Verbande, zu rechtfertigen. In der Süddeutschen Tabakszeitung, dem legitimen Organ der Deutschen Tabakindustrie, wurde uns der Vorschlag gemacht, uns an den Deutschen Tabakverein, in dem Zigaretten-, Zigaretten-, Kautabak- und Rauchtabak-Fabrikanten organisiert sind, zu wenden, um die Vermittlerrolle zu übernehmen. Dieser Weg könnte ja beschritten werden, ohne daß wir uns dabei etwas verzeihen. Es werde sich dann ja zeigen, ob Neigung zum Friedensschluß vorhanden sei. Werde sich herausstellen, daß eine solche Neigung nicht existiere, dann könne man sicher darauf rechnen, daß unsere Sache an Sympathie gewinne. Andererseits gelte es auch festzustellen, was der Arbeitgeberverband in seiner letzten Erklärung wolle, wenn er sage: „In der Versammlung der Arbeitnehmer vom 17. d. Mts. ist der Wunsch ausgesprochen worden, Frieden zu schließen. Ist es ihnen hiermit wirklich Ernst und wünschen sie die Arbeit wieder aufzunehmen, so werden sie den Weg zu finden wissen.“ Der Weg sei gefunden, auf welchem ein ehrenvoller Frieden geschlossen werden könne, wobei es weder Sieger, noch Besiegte zu geben brauche. Er schlage deshalb folgende Resolution vor, von der er wünsche, daß sie einstimmig gutgeheißen würde: „Die im Auslande sich befindenden Zigarettenarbeiter und Arbeiterinnen beklagen aufs neue, daß sie nach wie vor an ihren bekannten Forderungen festhalten. Um aber zu zeigen, daß es ihnen wirklich ernst ist mit der (vom Arbeitgeberverbande allerdings angezweifelt) dargebotenen Friedenshandlung — in der Versammlung vom 17. Juni 1905 — erklären sie sich damit einverstanden, wenn die Auslandsleitung dem Arbeitgeberverbande in der Zigarettenindustrie für Dresden und Umgebung den Vorschlag macht, die Herren N. Schloßmacher, Syndikus des deutschen Tabakvereins und H. Meister, Reichstagsabgeordneter, zu ersuchen, einleitende Schritte zur eventuellen Verständigung zu unternehmen.“

Mit dem Hinweise, daß, wenn der Arbeitgeberverband diesen gutgemeinten Vorschlag nicht akzeptiere, der Kampf ungeschwächt weitergeführt würde und werden könne, da es uns dazu an nichts mangelte, schloß Redner seine Ausführungen. Sodann sprach Kollege Börner-Berlin, der in sehr sachlicher und überzeugender Weise darlegte, wie die ganze deutsche Arbeiterschaft ihre Sympathie den Zigarettenarbeiterinnen zugewandt habe und sie per se unterstütze, so daß eine Ursache, den Kampf abzubrechen, gar nicht vorläge. Des weiteren überbringt Redner die Grüße der Berliner Kollegen und ermahnt zum Aushalten in dem zwar schweren aber gerechten Kampfe. Der auf der ganzen Linie immer mehr ausgeübte Boykott verfehle seine Wirkung nicht. Die Zigarettenfabrikanten mögen, angesichts dieser gerade nicht angenehmen Situation, die sie selbst herbeigeführt haben, sich es in diesem Moment einmal gründlich überlegen, ob es nicht ratsamer ist, mit uns Frieden zu schließen, als daß sie sich ihrem Feinde, dem amerikanischen Truist, in die Arme werfen. Der Truist wolle sich ja nur für die jahrelang ausgestandene Dual, die ihm durch den Kampf des Anti-Truists bereitet worden sei, entschuldigen, indem er eine Reihe Firmen zur Strecke bringen wolle. Nachdem die Resolution einstimmig gutgeheißen wurde, wurde die Versammlung mit einem donnernden Hoch auf den Deutschen Tabakarbeiter-Verband geschlossen.

**Dresden.** Sonnabend, den 24. Juni, fand in den Saxoniasälen eine gutbesuchte Tabakarbeiterversammlung statt. Die Tagesordnung lautete: Der Kampf um das Koalitionsrecht in der Tabakindustrie. Der Referent, Kollege Hlbig, geht noch einmal auf die Entwicklung des Kampfes ein und fordert insbesondere von den Tabakarbeitern, mit allen Mitteln für die Erhaltung des einzigen und höchsten Rechts einzutreten. (Allgemeiner Beifall.) Hierauf nahm der Kollege Reichmann das Wort. Seine Ausführungen gipfelten darin, daß alle Arbeiter ein hohes Interesse an der Erhaltung der gewerkschaftlichen Organisation unter den Arbeiterinnen haben müßten. Mangelhafte Organisation der Arbeiterinnen wirke lähmend auf die Gesamttätigkeit der Gewerkschaftsbewegung. Sachsen mit seiner ausgebreiteten Frauennarbeit sei das beste Beispiel hierfür. Die Agitation für die Arbeiterinnen-Organisation müsse rühriger betrieben werden, solle der Zweck der Gewerkschaften erreicht werden. Der Versuch, eine Unterhandlung mit dem Arbeitgeberverbande herbeizuführen, sei unternommen. Es bleibe abzuwarten, ob die Zigarettenfabrikanten die von uns gebaute Brücke betreten würden. Eine ablehnende Haltung des Arbeitgeberverbandes werde unzweifelhaft die gesamte Arbeiterschaft aufspalten und ihr nahelegen, noch mehr wie bis jetzt die Kampfen zu unterstützen. (Großer Beifall.) Nachdem der Antrag des Kollegen Clement, wonach die Koller und Widelmacherinnen, sowie die Zigarettenarbeiter und Arbeiterinnen der bewilligten Firmen 50 Pfg. pro Woche extra zahlen, einstimmig angenommen wurde, schloß der Vorsitzende die Versammlung in der Erwartung, daß die gefaßten Beschlüsse auch zur Durchführung gebracht werden.

**Halle a. S.** Am 17. Juni hielt die Zahlstelle Halle eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab, die sehr zahlreich besucht war. Zunächst wurde an Stelle des nach Scheudewitz verzogenen Kollegen K a i s e r der Kollege W i c k e r t als Kartelldelegierter gewählt. Sodann kam die bei der Firma Thilo Kühn vorgekommene Maßregelung des Kollegen Otto Fink nochmals zur Sprache. Die in letzter Versammlung gewählte Kommission, die aus drei Kollegen aus genannter Fabrik bestand, erstattete über die mit der Firma gepflogenen Verhandlungen Bericht. Herr Kühn hat der Kommission erklärt, daß Fink nie wieder bei ihm arbeiten könne, denn Heber und Aufwiegler könne er nicht brauchen; seine Arbeiter sollten machen, was sie wollten, falls sie streiken würden, müßten sie aber bedenken, daß dann die Betriebs-Invalidentafel und die Prämien für je 5 Jahre Arbeit in der Fabrik aufhörten. Damit erklärten die Kühn'schen Kollegen die Sache als erledigt.

Die Versammlung stellte sich jedoch bei Beurteilung der Sache auf einen andern Standpunkt. Man hätte hier nicht eine

Kauf in der Tasche machen sollen, sondern ernste Maßnahmen gegen die Firma treffen müssen. Es ist dies seit Weihnachten schon die zweite Maßregelung. Durch Drohungen dürfte man sich nicht einschüchtern lassen. Betriebsinvalidentafel usw. könnten den Arbeitern herzlich gleichgültig sein, wenn — wie es bei Kühn der Fall ist — dieselben lediglich von der Firma gestiftet und verwaltet werden und diese eben auch einfach allein bestimmt, ob und welcher invalide gewordene Arbeiter etwas davon erhält. Das Unternehmertum sorge schon dafür, daß Arbeiter, deren Kräfte erlahmen, rechtzeitig die Fabrik verlassen, um nicht etwa der „Betriebsinvalidentafel“ zur „Last“ zu fallen. Desgleichen sei es mit den Prämien. Also hätte auf solche „Wohltaten“ verzichtet werden können. Man habe dem Fabrikanten gegenüber sich schwach und unentschieden gezeigt und sei zu hoffen, daß in Zukunft energisch gehandelt werde, wenn es gilt, für die gerechte Sache einzutreten. Ferner wurde auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung gesetzt: Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Halle. — Weiter befaßte sich die Versammlung mit dem Auslande der Dresdener Zigarettenarbeiterinnen. Die Kollegen Haffenspflug, Weizel und Fink werden beauftragt, mit dem Kartell zwecks Einberufung einer Gewerkschaftsversammlung zu unterhandeln, eventuell selbst die nötigen Schritte zu tun, um den kämpfenden Dresdener Kolleginnen die weitestgehende materielle und moralische Unterstützung angedeihen zu lassen.

**Kassel.** Die am 19. Juni stattgefundene Mitgliederversammlung der Zahlstelle Kassel des Tabakarbeiterverbandes erledigte als ersten Punkt der Tagesordnung die Aussperrung der Dresdener Zigarettenarbeiter und Arbeiterinnen. Der Vorsitzende Kollege Steinicke sowie Kollege Kiel gestellten die Handlungsweise der Fabrikanten und wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Kasseler Tabakarbeiter erblicken in dem Vorgehen der Dresdener Zigarettenfabrikanten, die versuchen, ihren Arbeitern und Arbeiterinnen das gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht zu rauben, eine ungeschickte Handlungsweise und protestieren aufs schärfste gegen das Vorgehen der Fabrikanten. Die Versammelten sprechen der ausgesperrten ihre volle Sympathie aus und erwarten von der gesamten Arbeiterschaft Kassels, daß sie die Fabrikate der boykottierten Firmen streng meiden und überall dafür eintreten, daß niemand diese Zigaretten raucht. Die Tabakarbeiter appellieren ferner an das hiesige Gewerkschaftskartell sowie an den sozialdemokratischen Wahlverein und ersuchen beide Korporationen, zu dieser Sache Stellung zu nehmen.“ Zum zweiten Punkt, Kartellbericht, wurde von Kollege A. Kiel in verständnisvoller Weise berichtet. Kollege Steinicke schloß die Versammlung mit der Aufforderung, daß diejenigen Kollegen, die leider bis heute die Arbeiterpresse noch nicht lesen, sich nun bald dazu bemühen möchten.

## Briefkasten.

W. A. Wittenberg. Zur Aufnahme nicht geeignet.

## Vereinsteil.

### Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tabakarbeiter Deutschlands.

Geschäftsstol: **Hamburg-Blumenhörn**, Mozartstr. 5, 1.  
Ausschuß: D. Sidow, Brandenburg a. S., Kurze Straße 3.  
Schiedsgericht: Th. Jungbluth, Hamburg, Antelmstr. 10.

Eingegangen: Eimsbüttel 100 Mk., Zeig 50 Mk. — Sterbekasse: Eimsbüttel 95 Mk.  
Zuschüsse: Stuttgart 50 Mk., Hildesheim 30 Mk., Posen 75 Mk., Halle a. S. 50 Mk., Hohenheim 150 Mk., Leipzig 50 Mk. — Kranken- und Sterbekasse: 91,50 Mk.  
Hamburg, den 26. Juni 1905. **F. Otto.**

## Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

**Karl Reichmann**, Vorsitzender, Bremen, Marktstr. 18, II.  
Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das **Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II., zu adressieren.**

**Geld-, Einschreib- u. Wertsendungen nur an W. Niederwelling, Bremen, Marktstraße 18, II.**

Für den Ausschuß bestimmte Zuschriften sind an **Heinrich Meister, Hannover, Lange Str. 1, II. zu adressieren.**

## Bekanntmachung.

Als verloren gemeldet wurde das Buch Ser. I, 29435, lautend auf **Adolf Maskus** (eingetretten am 20. 5. 05). Das Buch ist im Vorzeigungsfalle zu konfiszieren und an uns einzusenden.

Die Bevollmächtigten und auch sonstige Kollegen, die die Adresse des Mitgliedes **Bernhard Joru** aus **Potsdam** (ausgenommen 1899 in Potsdam) kennen, wollen uns dieselbe unverzüglich mitteilen.

Die Bevollmächtigten werden ersucht, dafür Sorge zu tragen, die **Zählkarten über die Arbeitslosigkeit für das 2. Quartal 1905 bis spätestens am 4. Juli** an uns einzusenden. Größere Pünktlichkeit und sorgfältige Beantwortung ist dringend notwendig. Die später eingehenden Karten können nicht berücksichtigt werden.

Nach § 15, alinea b, gefirichen ist der bisherige Bevollmächtigte **Franz Baumhoff** in **Prießbus**. Alle diejenigen, die den Aufenthalt desselben kennen, wollen uns umgehend davon Mitteilung geben.

**Bremen. Der Vorstand.**

Vom 20. bis 27. Juni 1905 sind folgende Gelder bei mir eingegangen:

A. Verbandsbeiträge:	
19. Juni. Heilbronn . . .	50.—
19. Prießbus . . .	50.—
20. Mittweida . . .	50.—
20. Großbrönsdorf . . .	30.—
21. Hartha i. S. . .	100.—
22. Hadersleben . . .	100.—
23. Gera . . .	50.—
26. Minden i. W. . .	170.—
26. Briege i. Schl. . . .	40.—
26. Hamburg . . . . .	300.—
26. Bielefeld . . . . .	180.—
26. Hildesheim . . . . .	50.—
26. Pögnau . . . . .	65.—
26. Großenhain . . . . .	80.—
26. Finsterwalde . . . . .	500.—

B. Freiwillige Beiträge:	
15. Juni. Halle a. S., E. Bendlin . . . . .	19,10
19. Heilbronn, C. Weigner . . . . .	12,50
19. Sorau, R. Kunze . . . . .	4,40
20. Neuhaus a. E., E. Holz . . . . .	9,55
20. Goch, J. Rothgang . . . . .	12,60
20. Mittweida, M. Fichtner . . . . .	8,95
20. Jastrow, F. Wendler . . . . .	10.—
20. Böbau i. S., A. Böhmer . . . . .	8,05
21. Mannheim, R. Oert . . . . .	6.—
21. Radeberg, E. Döbrig . . . . .	3,35
21. Neumünster, C. Firs . . . . .	20.—
21. Hildesheim, W. Marahrens . . . . .	8,60
21. Rostock, J. Krey . . . . .	10,35
22. Haffstedt, G. Mengeling . . . . .	10,60
23. Barmbeck, W. Compant . . . . .	22.—
23. Seddenheim, F. Kerschmar . . . . .	7,70
23. Haploch, J. Haag . . . . .	3,75
23. Stuttgart, S. Wildemann . . . . .	14.—
23. Alenburg, A. Streiber . . . . .	11,80
23. Würzburg, A. Schmidt . . . . .	22,05

23. München i. Bayern, J. Oberle . . . . .	5.—
23. Gera, G. Kising . . . . .	10.—
24. Nauen, W. Janke . . . . .	30,55
24. Chemnitz, H. Weig . . . . .	31,65
24. Kellinghufen, C. Kempfle . . . . .	19,90
24. Döbeln, C. Geleit . . . . .	21,35
24. Woltersdorf, R. Richter . . . . .	15,66
24. Hadersleben, L. Konow . . . . .	5,60
24. Lübben i. L. . . . .	5.—
24. Langwedel, F. Friede . . . . .	6.—
25. Eberswalde, S. Jerejstj . . . . .	10,60
25. Halberstadt, C. König . . . . .	31.—
25. Grefeld, J. Michels . . . . .	5.—
25. Kottbus, W. Vogel . . . . .	10.—
25. Droya a. Rh., L. Schütten . . . . .	9,70
25. Krefeld, R. Birthgen . . . . .	7,10
26. Minden i. W., F. Sielemann . . . . .	30.—
26. Briege i. Schl., C. Pagner . . . . .	10.—
26. Minden i. Hann., G. Bürtelmeyer . . . . .	7,50
26. Osnabrück, W. Bente . . . . .	16.—
26. Spremberg, R. Schiemenz . . . . .	11,10
26. Wandsbeck, C. Grandt . . . . .	40.—
26. Torgau, W. Hülse . . . . .	4,75
26. Ahlitz, A. Räder . . . . .	24,50
26. Meisen, A. Köppler . . . . .	10.—
26. Soest, H. Ged . . . . .	10.—
26. Hamburg, W. Gorges . . . . .	300.—
26. Pirna, E. Baum . . . . .	10,25
26. Celle, R. Haarsrich . . . . .	12,20
26. Frankfurt a. M., W. Frey . . . . .	15.—
26. Kellingfen, G. Schadenhof . . . . .	9,40
26. Uetersen, J. Gilsdorf . . . . .	3,40
26. Hildesheim, W. Marahrens . . . . .	15.—
26. Pögnau, W. Herrmann . . . . .	4,15
26. Hannover, Ad. Grefte . . . . .	35.—
26. Großenhain, J. Knust . . . . .	9,60
26. Nauen, H. Oberjehelp . . . . .	8,45
26. Nordhausen, E. Klages (3. Rate) . . . . .	50.—
26. Magdeburg, Ad. Schanz . . . . .	20.—
26. Deringhufen, J. Dichoß . . . . .	9.—
26. Bremen, H. Blome . . . . .	78.—
26. Halle a. S., C. Wendlin . . . . .	8,20
27. Haffstedt, G. Mengeling . . . . .	18,85

Der Beschluß der Generalversammlung, die freiwilligen Gelder zwecks gleichmäßiger Verteilung an den Kassierer nach Bremen zu senden, sei hiemit den Kollegen in Erinnerung gebracht.

Etwasige Reklamationen wolle man innerhalb 14 Tagen bei dem Unterzeichneten einbringen.

Erfuche die Herren Absender, auf dem Coupon die Bemerkung zu machen, ob es Verbandsbeiträge oder freiwillige Beiträge sind.  
Bremen, den 27. Juni 1905. **W. Niederwelling**, Kassierer.

## Vom Vorstande sind ernannt:

Für **Kassier**: Joseph Redling als 3. Bev.; Paul Kiederlei als Kontrolleur.  
Für **Prießbus**: Paul Zachmann als 1. Bev.  
Für **Velten**: Joseph Koob als 1. Bev.; Wilh. Neßband als 1. Bev.

## Provisorisch aufgenommen sind:

Albert Reinecke aus Frankenhäusen, Gustav Adolf Hermann aus Pirna. (162)  
Bruno Schellack aus Nieder-Ottendorf (3. R.). (207)  
Wilhelmine Schulz geb. Gallin aus Jüterbog. (166)  
Hermann Seipt aus Groß-Auheim (3. R.). (164)  
Ernst Koritzer aus Angermünde (3. R.), Johannes Rohweder aus Oldenborstel a. S. (181)  
Friederike Bamberg geb. Schulz aus Mt-Ballmoden. (164)  
Heinr. Hübner aus Hamburg. (272)  
Hr. Paig, Karl Busch aus Fraustadt. (392)  
Heinr. Hoffe aus Jersfeld. (119)  
Otto Klemme aus Westergelde (3. R.). (93)  
Jakobien aus Hamburg, Auguste Behnhaus aus Bettmer, Johanne Bieler, Friedrich Lippelt, Fritz Reutel, Karl Scherbert, Fr. Wilhelm, Erna Stahnote, Henrie Hune aus Hannover, Anna Sterling aus Ostreck, Martin Dröger aus Bonn, Sophie Heiten aus ?, Frau Lechte geb. Wenzel aus Trieda, Hermine Gerbode aus Hannover, Marie Sander aus Göttingen, G. Weingeb, Gerter Sidor aus ?, Anna Weisfeldt aus Verdenberg, Jetti Kestien, Toni Kapertanz, Minna Hennigs aus Hannover, Minna Freeter aus Rabenbergt, Amanda Höcher aus Bartojen, Konradine Rint aus Hannover, Charlotte Günther aus Grono, Marie Gildner aus Hannover, Rubin Gobelmann, Joseph Weinberg, Moritz Hermann, Meier Pottmann, Margarete Stadowiz aus Nixdorf, Berta Hennigs, Sigm. Dux, Edgar Pollmann, Marie Pollmann, Minna Lehmann, Samuel Warintauß, Johanne Letmann, Minna Kellner, Lehmann Demant, Eduard Douenias, Hans Rump aus Hannover, Elisabeth Apel aus Kiel, Auguste Friede aus Braunschweig. (139)  
Adolf Fischer aus Weig, Karl Tannebring aus Dommaschhoff. (37)  
Wilh. Hirschbiel aus Fußgönnheim (3. R.). (53)  
Matthäus Pfesinger, Magdalena Theobald aus Herrheim. (135)  
Heinrich Kempelmann aus Mühlheim a. d. Ruhr, Fritz Reiche aus Rees. (83)  
Otto Diez aus Großwig bei Torgau. (375)  
Karl Kleinschrodt aus Ansbach. (7)  
Etwasige Einwendungen gegen die provisorisch Aufgenommenen wolle man innerhalb 14 Tagen nach erfolgter Bekanntmachung bei dem Unterzeichneten einbringen.

**Bremen. Der Vorstand.**

## Mitgliederversammlungen.

(Mitglieder, besucht Cuere Versammlungen zahlreich!)  
In **Prießbus**: Sonntag, den 2. Juli, nachmittags 4 Uhr, Wegeberg Nr. 6. Tagesordnung wird dafelbst bekannt gegeben. — Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen wird gebeten.  
In **Finsterwalde**: Donnerstag, den 6. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Gesellschaftshause, Raumborf. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.  
In **Gersfurt**: Sonnabend, den 8. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Tivoli, Magdeburger Straße. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 2. Quartal, 2. Vortrag des Kollegen Bredehorn: Akkorarbeit und Solidarität, 3. Verschiedenes. — Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.  
In **Achim**: Sonntag, den 9. Juli, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Konrad Kühje. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 2. Quartal, 2. Verschiedenes.  
In **Breslau**: Sonntag, den 9. Juli, nachmittags 3 Uhr, im Gesellschaftshause (Zimmer 7). Tagesordnung: 1. Wahl eines in Vorschlag zu bringenden 1. Bevollmächtigten, 2. Abrechnung, 3. Verschiedenes.  
Alle Zuschriften sind an Paul Seefeld, Baugner Straße 58, II., zu richten.  
**Gera (H. j. L.)** Um die Abrechnung des 2. Quartal rechtzeitig fertigzustellen, werden die Mitglieder ersucht, ihre Beiträge zu begleichen.  
**Neuhaus a. E., Hannover, Bremen.** Die auswärtigen Mitglieder vorgeannter Zahlstellen werden ersucht, ihre Beiträge einzusenden.



## Von der amerikanischen Zigarrenarbeiter-Organisation.

II.

Hinsichtlich der Organisation ist die internationale Zigarrenmacher-Union mehr nach dem Beispiele der deutschen Gewerkschaften organisiert, wie nach dem der amerikanischen Gewerkschaften. Das System der zentralen Ansammlung der Gewerkschaftsgelder und der Bezahlung von Unterstützungen für Arbeitslose und Gemäßregelte aus der Hauptkasse ist hier durchgeführt. Die Zigarrenmacher zahlen höchstens 2100 Mk. Unterstützungen, während andere Organisationen, z. B. die Lokomotivführer 3—18 000 Mk., die Schaffner 4—20 000 Mk. ausbezahlen. Auch beim Tode der Frau wird eine kleine Unterstützung bezahlt. In den Jahren 1879/1900 zahlten die Zigarrenmacher über 18 Millionen Mark aus, annähernd 3 1/2 Millionen Mark für Streikzwecke, ca. 6 1/2 Millionen Mark für Krankenunterstützung, rund 3 1/2 Millionen Mark als Sterbegelder, über 3 1/2 Millionen Mark für Arbeitslose und über 3 Millionen Mark für Reiseunterstützung, die zu 90 Proz. zurückbezahlt wurde.

Man wird das Verhältnis der Streikunterstützung zu den anderen Unterstützungsgruppen nicht günstig finden, wenn wir diese Zahlen an deutschen Maßstäben messen. Das wäre aber aus zwei Gründen nicht richtig. Bei den deutschen Gewerkschaften spielt die Krankenunterstützung und das Sterbegeld lange nicht die Rolle wie bei den amerikanischen und englischen, weil das System der Zwangsversicherung in Deutschland die Ausbildung dieser Zweige des Unterstützungsweizens zwar durchaus nicht überflüssig gemacht, aber in hohem Maße gehemmt hat.

Ferner ist zu beachten, daß die amerikanischen Zigarrenarbeiter das Kampfmittel der Kontrollmarke, das in Deutschland zwar nicht unbekannt ist, aber sich nicht eingebürgert hat, in ausgezeichneter und wirkungsvoller Weise zur Enttaltung zu bringen verstanden haben. Hierüber enthält das schon erwähnte Buch von John Mitchell, dem wir auch sonst eine Reihe tatsächlicher Angaben entnommen haben, recht interessante Daten, die wir hier wiedergeben wollen:

Die Zigarrenmacher schufen die Kontrollmarke vor mehr als einem Menschenalter und zwar aus einem Protest gegen die preisdrückende Arbeit der Chinesen, die vielfach auch in den Kreisen der Konsumenten vor allem aus Reinlichkeitsgründen scharf angefeindet wurde. Die Gegnerschaft gegen die chinesische Arbeit führte im Jahre 1882 zur Ausschließung der Chinesen von der Einwanderung. Die Zigarrenmacher hatten aber gegen die chinesische Arbeit den Kampf mit dem Mittel der Gewerkschaft schon früh aufgenommen. 1872 machte sich die Konkurrenz der chinesischen Zigarrenarbeiter bemerkbar und 1874 hefteten die weißen Arbeiter auf die Zigarrenkisten einen weißen Zettel, um damit das Publikum zu informieren, daß die darin enthaltenen Zigarren von weißen Arbeitern hergestellt wurden, die sich in ihrer Lebenshaltung durch den lohndrückenden Wettbewerb von Matten lebenden und in Kellerklochern hausenden Chinesen bedroht fühlen. Diese erste Kontrollmarke wurde später von den Zigarrenmachern im Interesse ihrer Gewerkschaft gegen die Nichtorganisierten angewandt und erhielt dadurch ihre gegenwärtige Bedeutung und wurde damit zum Muster für die Anwendung der Kontrollmarke auch in andern Gewerben und in andern Ländern. Schon im Jahre 1875 benutzten die Zigarrenmacher von St. Louis eine rote Kontrollmarke im Kampfe gegen die nicht organisierten mit solchem Erfolge, daß man veruchte sie zu fälschen. Differenzen über die Anwendung verschiedener Kontrollmarken auf der Generalversammlung der Zigarrenmacher in Chicago im Jahre 1880 führten dazu, daß die heute geltende Zigarrenkontrollmarke auf blauem Papier geschaffen wurde. Die Ausgabe der Kontrollmarken, welche ihre Eingebürgertung, Anerkennung und steigende Bedeutung beweist, und ein schönes Zeugnis für die Solidarität der Arbeiterschaft bildet, stieg von 1,59 Millionen im Jahre 1880 auf 22 315 Millionen Stück im Jahre 1900. Mit diesem Kampfmittel haben die gewerkschaftlich organisierten Zigarrenarbeiter nicht nur erfolgreich den Kampf gegen die Schmutzkonkurrenz unorganisierten Zigarrenmacher, sondern auch gegen das Anschwellen der Frauen- und Kinderarbeit, gegen die Zucht- und Seimarbeit geführt.

Eine ganze Reihe von Gewerkschaften sind dem Beispiel der Zigarrenarbeiter gefolgt und zahlreiche Unternehmer haben sich beeinträchtigt gefühlt durch die Wirkungen dieses Kampfmittels und sich nicht geschaut, die Kontrollmarke zu fälschen, was zu interessanten Prozessen auf Grund des Patent- und Nachdruckgesetzes führte. Die Gerichte stellten sich vielfach auf Seite der Unternehmer und verweigerten den Arbeitern ihren Schutz. Die Arbeiterschaft erzwang aber in einer Reihe von Staaten Gesetze, welche die Nachahmung der Kontrollmarke unter Strafe stellten. Im Jahre 1895 gab es in mehr als der Hälfte der Nordamerikanischen Union derartige Gesetze. Die Gerichte von Illinois haben entschieden, daß die Organisation berechtigt sei, auf der Kontrollmarke anzuführen, daß sie dem Kampfe gegen schlechtere Arbeit, die von Chinesen, Gefangenen und in schmutzigen Werkstätten ausgeführt werde, diene. Alle Vorsichtsmaßregeln sind getroffen, um die Kontrollmarke durch ein Mitglied der Gewerkschaft anbringen zu lassen. Das Publikum sieht in der Kontrollmarke eine Garantie für reine und gesunde und gute Ware. Die Zigarrenarbeiter geben übrigens die Kontrollmarke nur für Zigarren her, die mindestens zu 84 Mk. das Tausend verkauft werden.

Hoffen wir, daß auch in den schweren Zeiten, die dem amerikanischen Zigarrenarbeitern infolge der gewaltigen Entwicklung der Industrie zum Trust bevorstehen, Kampfeslust und Siegeszuversicht, wie erfolgreiche Anwendung ihrer Kampfmittel bleibe.

## Gewerkschaftliches.

**Goslar.** Der Zug nach hier ist fernzuhalten, da sämtliche Arbeiter der Firma Hoppe entlassen sind.

Die Ortsverwaltung.

**Karlsruhe.** Die Tabakarbeiter der Firma M. Auerbach in Karlsruhe reichten am Montag, den 17. April, ihre Lohnforderung ein. Als Antwort wurde sämtlichen Tabakarbeitern gekündigt. Es wird gebeten, den Zug fernzuhalten.

**Reudorf.** Der Zug nach der Firma Gorges u. Braumann ist fernzuhalten. **J. A.: Der Bevollmächtigte.**

**Oederan.** Zug nach hier ist fernzuhalten, weil von der Firma A. Reichenbach u. Co. Maßregelungen vorgenommen wurden.

**Briebs.** Der Zug nach hier ist streng fernzuhalten, da die Arbeiter der Firma Pottgießer sich im Aufstande befinden.

**Kottbus.** Bei der Firma J. A. und Herm. Niemer (Sub.: Gebr. Wieland) bestehen Lohn Differenzen. Wir bitten den Zug fernzuhalten.

**Senftenberg.** Wegen ausgebrochener Differenzen werden die arbeitssuchenden Kollegen gebeten, den hiesigen Ort zu meiden. Auskunft ist in jedem Falle vor Abschluß des Arbeitsvertrages beim Bevollmächtigten einzuholen.

**Oftersheim.** Bei der Firma Heinrich Straßburger sind Lohn Differenzen ausgebrochen. Der Zug ist streng fernzuhalten. **J. A.: Der Bevollmächtigte.**

**Stuttgart.** Bei der Firma Bodenheimer bestehen mit den Sortierern Lohn Differenzen. Näherer Bericht darüber folgt.

**Wetten.** Die Kollegen, die gewillt sind, bei der Firma A. Löffler in Wetten in Arbeit zu treten, wollen sich zuvor um Auskunft an Joh. Thejos, Wetten, Viktoriastr. 17, Hof II wenden.

**Schönlank.** Den reisenden Kollegen zur Kenntnis, daß der Zug fernzuhalten ist. **J. A.: Der Vorstand.**

**Oberrotterndorf.** Die Differenzen bei der Firma Ernst Döcker sind beigelegt. **J. A.: Der Vertrauensmann.**

**Dr. Max Hirsch gestorben.** Gestern ist in Hamburg Dr. Max Hirsch im Alter von 72 Jahren gestorben. Er war der Leiter des nach ihm mit benanntem Hirsch-Dunker'schen Gewerkschaftsbundes. Max Hirsch wurde am 30. Dezember 1832 in Halberstadt geboren, studierte in Tübingen, Heidelberg und Berlin, rief 1868 mit Dunder die Gewerkschaft ins Leben, war mit Unterbrechungen Mitglied des Reichstags von 1869 bis 1893, zuletzt von 1890—93 für Delitzsch-Bitterfeld. Im Abgeordnetenhaus saß Hirsch seit 1898. Er gehörte der freisinnigen Volkspartei an.

In die gleiche Zeit, in welcher Hirsch seine Gewerkschaften gründete, fallen die Anfänge der Gewerkschaftsorganisationen. Letztere zählen jetzt 1 1/4 Millionen Mitglieder, während die Gewerkschaften im Absterben begriffen sind. Dr. Max Hirsch erkannte die treibenden Kräfte im Wirtschaftsleben nicht, deshalb stagnierten seine Gewerkschaften trotz rastloser Arbeit seinerseits.

**Das Bundeskomitee des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes** sieht sich durch einige in letzter Zeit in der Tagespresse erschienene Artikel veranlaßt, öffentlich zu erklären, daß der Schweizerische Gewerkschaftsbund, eine von der sozialdemokratischen und überhaupt jeder politischen Partei unabhängige Organisation ist; auch beobachtet er auf religiösen Gebieten strenge Neutralität.

Laut § 1 der Bundesstatuten, welche Interessenten gern zur Einsicht gesandt werden, setzt sich der Gewerkschaftsbund zum Zweck, für seine Angehörigen das Recht der Mitwirkung bei Aufstellung des Arbeitsvertrages und der Arbeitsbedingungen zu erringen und auszuüben; ihre Lebenshaltung zu wahren und zu heben; ihre sittlichen Güter und ihr Menschenrecht zu verteidigen und zu mehren; sie in die Lage zu setzen, am wachsenden Reichtum der Gesellschaft gebührend teilzunehmen und als selbstständiges Glied an der Weiterentwicklung der Gesellschaft zu arbeiten.

Zur Erreichung dieser Zwecke (§ 2) soll der Allgemeine Schweizerische Gewerkschaftsbund alle gewerkschaftlichen und beruflichen Arbeiterorganisationen der Schweiz umfassen, um durch die Mittel zweckbewußter Zentralisation die Kraft der Verbände und Lokalvereine zu mehren und die Solidarität der ganzen Arbeiterklasse der Schweiz zu verwirklichen. **(Arbeiterstimme.)**

## Zum Zustand der Zigarettenarbeiter.

Die Süddeutsche Tabakzeitung schreibt auf, weil wir und unsere Kollegen in Dresden ihr eins auf die unsauberen Ringer gegeben haben für ihr elendes Doppelspiel, den amerikanischen Tabaktrust für die Aussperrung der Zigarettenarbeiter verantwortlich zu machen, gleichzeitig aber gegen die ausländischen Arbeiter zu hegen und ihrer Organisation resp. deren Leitern die Schuld an dem Zustand in die Schuhe zu schieben. Dreist leugnet sie, dieses Doppelspiel getrieben zu haben, und liefert doch in derselben Nummer, in der sie den Ablehnungsversuch unternimmt, aufs neue einen Beweis für dieses Doppelspiel.

In Nr. 50 jenes Blattes befinden sich direkt hintereinander zwei Berichte aus Dresden: in dem einen heißt es: „Die Streikführer sind offensichtlich bemüht, Uneinigkeit zwischen den Fabrikanten zu säen“ und weiter: „Der Streik macht der Polizei viel zu schaffen, da noch nie derartig häufige und schwere Belästigungen Arbeitswilliger vorgekommen sind, als gerade beim Streik der Zigarettenarbeiterinnen.“ In dem andern wird referiert: „Für das Vorgehen des Arbeitgeberverbandes machte die Streikleitung in der Hauptsache die Trustfirmen verantwortlich“; hierzu macht die Redaktion der Süddeutschen Tabakzeitung die Bemerkung: „Sehr richtig!“

Nun, wenn der Trust verantwortlich ist für den Koalitionsrechtsraub der Unternehmer, diese Provokation gegen die Arbeiter, wozu dann die Hege gegen die Arbeiter, die für ihr gutes Recht kämpfen?

Gegen unsere Zurechtweisung prahlt das Blatt, es erfreue sich allgemeiner Freundschaft in jenen deutschen Tabakarbeiterkreisen, welche wohl einsehen, daß sie Hand in Hand mit einer arbeiterfeindlichen und einseitigen Fabrikantenwelt zum Besten des Ganzen gehen müßten, und was sie des Gewächts noch mehr macht. Wir möchten den Gimpel von Arbeiter sehen, der einem so arbeiterfeindlichen Blatt, das selbst notgedrungen kämpfenden Arbeitern recht geben muß und dennoch gegen sie hegt, seine Freundschaft entgegenbringt; der müßte ein wahres Prachteremplar von Beschränktheit sein. Gleglich wüßte dann das Blatt, es nehme unsere Angriffe als ein Datum hin, dem der Mensch entgehe seinem Schicksal nicht. Jawohl, das „Schicksal“ der Verachtung trifft sicher, wer in so ausgekaufter Absicht gegen die ärmste, für christliche, mühevoll Arbeit schlecht gelohnte Volksklasse, die Arbeiter, hegt, um die ausbeuterischen Praktiken des Kapitals zu rechtfertigen, wie dies die Süddeutsche Tabakzeitung gefällig tut. Es ist auch nur schlecht verhehlte Heuchelei, wenn sie die ausländischen Zigarettenarbeiterinnen zur Besonnenheit mahnt, gegen die sie erst gehetzt hat und noch hegt, wie wir oben nachweisen. Die Arbeiter sind besonnen genug, sich durch die Provokationen eines Sekblattes nicht zu Torheiten verleiten zu lassen. Disziplin ist die Parole ihrer Organisation. Verstanden! —

## Russisch-Amerikanisches.

Der Sächsischen Arbeiterzeitung geht von einem Eingeweihten folgende interessante Schilderung über die Verhältnisse in den zum Tabaktrust gehörigen Betrieben zu, die auch für die weitere Deffentlichkeit und besonders für die Zigarettenfabrikanten, die sich von ihm bei dem Kampfe gegen das Koalitionsrecht der Zigarettenarbeiterinnen haben ins Schlepptau nehmen lassen, von großem Interesse sein dürfte. Sie lautet:

Sie sagen in Ihrer Nr. 134, dem amerikanischen Tabaktrust, welchem die Zigarettenfabriken Jasmah und Jofetti angehören, sei der Streit der Zigarettenarbeiterinnen und -Arbeiter nur erwünscht gekommen. Wenn man weiß, daß der Trust nur das Ziel verfolgt, alles in seine Gewalt zu bekommen, gleichviel auf welche Art und wieviele Existenzen dabei vernichtet werden, so muß man ihnen beipflichten und sich sagen, daß die Trustfabriken gar kein Interesse an der raschen Beendigung des Ausstandes haben. Wunder nimmt es, daß die übrigen Firmen des Dresdner Arbeitgeberverbandes ihren größten und rücksichtslosesten Konkurrenten, den Trustfirmen Jasmah und Jofetti noch immer willkommene Vorposten- und Handlangerdienste leisten. Der Trust bietet für seine Konkurrenz, wie für die Arbeiter die größte Gefahr, dies beweist sein Vorgehen in Amerika und deshalb sollten unsere Fabrikanten, wenn ihnen ihre Existenz lieb ist, nicht in blindem Eifer an einem Strang mit Jasmah und Jofetti ziehen. Wenn schon Mütter, wie z. B. Tabakbereinszeitung, Tabak-Rundschau, Zigarren- und Zigaretten-Spezialist in ihren letzten Nummern sich in ähnlicher Weise warnend ausdrücken, die doch sonst keine Sympathien für die Ausständigen haben, so müßte doch der Zigaretten-Arbeitgeberverband endlich einmal stutzig werden. Bis jetzt hat lediglich der Trust, insbesondere Jofetti Nutzen aus dem Streit gezogen, während die übrigen Firmen nur Schaden haben.

Laut Anschlag stellt die Jofetti „auf keinen Fall jemals wieder Streikende ein, welche die Arbeit bis zum 27. Mai nicht wieder aufgenommen haben.“ In Wirklichkeit aber arbeiten dort jetzt solche Arbeiterinnen, welche den Anschlag damals nicht beachtet haben und fortwährend werden ausländische Arbeiter und Arbeiterinnen von den leitenden Personen der Jofetti einzeln aufgefordert, wieder einzutreten. Also die Ausperrung der Jofetti ist nur eine scheinbare und steht nur auf dem Papier. Wie ich hörte, müssen die Eintretenden ihr Ehrenwort abgeben, daß sie keiner Organisation mehr angehören, aber darauf legt doch gewiß die Fabrikleitung ebensowenig Wert als auf ihr eigenes Ehrenwort, d. h., es gilt ihr nichts, wofür Beispiele genug vorliegen. Ein neuer Fall bestätigte das übrigens. Kurz nach Ausbruch des Streiks wurde seitens der Herren Meier und Verschagly von der Jofetti eine Beamtin dringend gebeten, Streikarbeit auszuführen und ihr auf Ehrenwort versichert, daß die Firma stets für sie eintreten werde und sie ihr zu größtem Dank verpflichtet bleibe, wenn sie das tue. Sie verließ sich auf das feierliche „Ehrenwort“ und führte die Streikarbeit aus, bis sie vor kurzem sofort entlassen wurde, weil sie „angeblickt mit den Streikenden konspirierte und viele Streikende ihre Bewegung die Arbeit nicht wieder aufnehmen wollten“. Die geforderte Unterjagung wurde abgelehnt. Schon der Widerspruch gibt zu denken: Einerseits hält angeblich die Gemahregelte zu den Streikenden, andererseits aber fordern diese gerade ihre Entlassung. Wo bleibt nun die Wahrheit?

Im Vorjahre soll die Jofetti einen Reingewinn von 300 000 Mark erzielt haben. Damals beschäftigte diese Firma hier und in Berlin zusammen 500 Personen. Der Reingewinn an jeder Person betrug mithin pro Jahr 600 Mark. Angefichts solcher Resultate erklärt die Jofetti, sie könne die Forderung der Ausständigen (15 Pfg. pro Mille) nicht bewilligen. Diese Mehrausgabe würde sich jährlich auf ca. 25 000 Mark belaufen. Nun erzählt aber der Geschäftsführer Meier oft genug, er vertraue sich, beim Verlaufe der Jofetti-Zigaretten pro 1000 Stück 50 Pfg. mehr als bisher zu erzielen; wenn also der gute Wille vorhanden wäre, den Arbeitern entgegenzukommen, so könnten mit Leichtigkeit die geforderten 15 Pfg. bewilligt werden und die Firma erzielte durch den geringen Aufschlag von 50 Pfg. pro Mille noch einen ganz erheblichen Gewinn durch die mehr verdienten 35 Pfg.

Die Lohnforderung der Arbeiterinnen ist gegenüber solchen riesigen Gewinnen gewiß eine nur bescheidene und jeder einseitige Fabrikant würde es gar nicht auf einen Streit haben ankommen lassen, aber bei der Jofetti war der Beweggrund ein ganz anderer, wie man sieht. Wenn man bedenkt, daß der Dresdner Geschäftsführer jährlich allein 20 000 Mark und die „höheren Beamten“ dementsprechende Gehälter einheimen, so muß man dann die Forderung der Streikenden nicht unbillig genannt werden und welche „Tätigkeit“, die der Fabrikleiter und „höheren Beamten“, oder die der Arbeitenden eine anstrengendere und gesundheitschädlichere ist, braucht kaum erörtert zu werden.

Die Paderinnen der Jofetti waren meist nicht organisiert, erst die von dem russischen Herrn Verschagly (Fabrikleiter) beliebte Behandlung trieb sie zum Verbands- und zur Arbeitsniederlegung. Dieser Herr möchte das Auntenregiment seines russischen Vaterlandes auch nach Dresden importieren. Verschaglyns erste „Tätigkeit“ bestand darin, daß er den im Fabrikfaal aushängenden Anschlag abrief, welcher die Namen der von der Fabrikarbeiterchaft gewählten Vertrauenspersonen bekannt gab. Sodann erklärte er dem Fabrikarbeiterauschuß, er erkenne diesen nicht an, er sei „Ausschuß“ selbst. Krankheit ist keine Entschuldigung für ihn. Als eine Paderin ihr Zusammentreffen damit er-

schuldig, wurde sie sofort entlassen. Auch Krämpfe erklärte er als nicht zulässig und als Modestheit. Den „kleinen“ Beamten wird die Mittagspause verkürzt, der Besuch der Fabrikantentantine zum Frühstück unterjagt, die übliche Vesperpause eingezogen und ängstlich darüber gewacht, daß die „kleinen“ Beamten beiseite nicht einmal ein Wort miteinander wechseln, das steht nur den an höhere Tätigkeit gewöhnten Beamten zu, ebenso das Rauchen. Es hieß in der Josetti, „wer raucht, hat etwas zu sagen.“ Der russische Herr Beschäftigt sieht auch darauf, daß die Arbeit möglichst noch vor Beginn des Säutens in Angriff genommen wird, hat aber — wie überhaupt nicht — kein freundliches Wort dafür, wenn die Arbeitszeit ausgedehnt wird, ja er verlangt dies als etwas Selbstverständliches! Daß er von riesigem Mißtrauen beseelt ist, kann, wenn man bedenkt, daß er aus dem heiligen Rusland kommt, nicht befremden, und doch zieht er seine russischen Landsleute den deutschen Arbeitern vor.

Die neugeestellten Arbeiter scheinen sich mit der Behandlung des Herrn Beschäftigt aus Rusland nicht befreunden zu können, denn die meisten haben sich der Organisation angeschlossen und die Arbeit wieder niederlegen wollen, aber der Verband lehnte dies Anerbieten der Streikbrecher mit Recht dankend ab. Wenn es erforderlich ist, sollen auch die übrigen „Liebhaberinnen“ anderer leitender Personen zur Sprache gebracht, jedenfalls müssen aber derartige Mißstände endlich einmal aufgebrochen werden, damit das Publikum sieht, daß die Ausständigen nicht aus Uebermut, sondern lediglich zur Wahrung ihres guten Rechtes die Arbeit niederlegten.

### Zur Warnung für Arbeitswillige.

Die Zigarettenfabrikanten des Unternehmerverbands nahmen in ihren Annoncen und Erklärungen, durch welche sie Arbeitswillige heranzulocken, den Mund immer gehörig voll. Sie schrieben nicht nur von hohen Löhnen, die in Wirklichkeit für die Arbeiterinnen nicht gezahlt worden sind, sondern garantierten auch denjenigen, welche das Zigarettenmachen erlernen wollten, pro Woche 9 Mk.! Wie ein derartiges Versprechen dieser Herren zu bewerten ist, zeigt ein Vorkommnis in der Alexandria. Am vergangenen Sonnabend kamen die Arbeitswilligen, die sonst nach Empfang des Lohnes die Streikposten immer zu verhöhnlichen suchten, aufgebracht und schimpfend aus der Fabrik heraus. Auf die Frage der Ausgesperrten, was los sei, zeigten sie mit wehmütigen Blicken ihren „Arbeitsverdienst“. Das waren aber keine 9 Mk., sondern bei der einen 25 Pfg., bei einer andern 88 Pfg. und so weiter bis zu der „schwindelnden Höhe“ von 1.25 Mk.! Wohlgerichtet, das war nicht der Verdienst eines Tages, sondern der ganzen Woche! Man kann die Gefühle dieser Leute ermessen, die ihr Ehrgefühl — wenn sie solches hatten — ablegten, um bei den Fabrikanten Arbeitswilligendienste zu verrichten, in der Hoffnung, nun für immer geborgen zu sein; denn die Fabrikanten sicherten nicht nur 9 Mk., sondern auch dauernde Stellung zu! Diese derbe Lektion dürften die Arbeitswilligen so leicht nicht vergessen und sie wird ihnen zeigen, daß es besser ist, solchen Versprechungen keinen Glauben beizumessen! Auf der andern Seite zeigt das Vorkommnis, daß durchaus nicht vereinzelt dasteht, wie hoch die Arbeitskraft der jetzt in den Fabriken beschäftigten Arbeitswilligen einzuschätzen ist! Die Fabrikanten werfen allwöchentlich große Summen hinaus, um das Koalitionsrecht der Arbeiterinnen vernichten zu können, auf der andern Seite behaupten sie aber, daß die kleinen Lohnerhöhungen, die die Ausgesperrten verlangen, das Geschäft ruinieren! Eine unlogische Gesellschaft, diese Herren!

### Die Zigarre oder Zigarette

so schreibt der Vorwärts, die hergestellt wird unter Umständen, die den Arbeiter in seiner Ehre kränken, ihn zum rechtlosen Arbeitsvieh herabdrücken, ist von jedem sozial denkenden Menschen als ein giftiges, unappetitliches Produkt zu meiden. Die Unehre nicht allein des Arbeiters, sondern auch des Unternehmers haftet daran. Gegenwärtig kämpfen die Dresdner Zigarettenarbeiter und Arbeiterinnen einen schweren Kampf um ihre Ehre. Ein dreistes Unternehmertum mutet ihnen zu, das heiligste Recht preiszugeben, das der Arbeiter kennt, das Recht auf Koalition.

Erst die Ausübung dieses Rechts macht den Arbeiter zum Menschen; und der Unternehmer, der dem Arbeiter zumutet, dies Recht zu opfern, stellt sich selbst außerhalb des Rechts auf sittliche Bewertung. Als 1890 die Hamburger Zigarettenfabrikanten den dortigen Arbeitern mit der gleichen schimpflichen Zumutung kamen, wurde von der Organisa-

tion erwogen, ob es nicht tunlich sei, die Mitglieder ruhig die Erklärung abgeben zu lassen, daß sie aus dem Tabakarbeiterverbande austreten würden, unter der Voraussetzung selbstverständlich, trotz, oder eben wegen dieser Erklärung um so treuer Mitglied der Organisation zu bleiben. Wenn damals von diesem Schritt Abstand genommen wurde, so geschah es wahrlich nicht aus moralischen Bedenken, auf die der Unternehmer unter solchen Umständen keinerlei Anspruch mehr hat. Auch diesmal kämpfen die Mitglieder des Tabakarbeiterverbands im offenen Kampf um ihr höchstes Recht, ebenfalls weil die Umstände ihnen diesen offenen Kampf aufzwingen. Jedermann aber, der noch Ekel empfindet vor dem Unrecht, hat den in Dresden ausgesperrten Arbeitern in ihrem schweren Kampfe beizustehen. Wer eine Zigarette aus den Fabriken raucht, die ihren Arbeitern und Arbeiterinnen zumuten, daß sie ihr Koalitionsrecht aufgeben, wer die Unternehmer unterstützt, die von den Organisierten verlangen, daß sie diesen schmachvollen Treubruch gegen sich selbst noch durch handschriftliche Versicherung an Eidesstatt sanktionieren sollen, der führt sich ein auf alle Fälle schädlich wirkendes Gift zu, das Gift unsozialistischer Handlung!

Man meide möglichst die Zigaretten der Firmen, die von der Arbeiterchaft den Verzicht auf das Koalitionsrecht verlangen. Diese Firmen heißen: Adler-Kompanie, Alexandria, Arabia, Delta, A. M. Götstein u. Söhne, Epirus, G. A. Jasmazi, A. G., Josetti, G. m. b. H., Juwel in Poppitz, Kios, Compagnie Laferme, Compagnie Macedonia, J. Malzmann, Monopol, W. Alex Müller, Osmani, Persia, Reunion, Serail, Sulima, Tuma, Jean Bouris, W. Weller, Xanthi, Yenidze einschließlich der Firma Josetti-Berlin.

### Ein vortreffliches Bild solidarischen Handelns

entwirft das Berliner Zentrumsblatt, die Germania. Wenn das Blatt auch sicher nicht die Absicht hat, durch seine Schilderung die Arbeiter anderwärts zu größerer Solidarität gegenüber den ausgesperrten Zigarettenarbeiterinnen in Dresden anzuregen, so wird eine solche Anregung doch gegeben sein, sofern weiteren Arbeiterkreisen die von der Germania entworfene Schilderung zur Kenntnis gebracht wird. Das Blatt schreibt:

„Der von den organisierten Arbeitern Berlins über die meisten Dresdner Zigaretten verhängte Boykott zeigt besonders in den äußeren Stadtteilen der Reichshauptstadt ganz eigenartige Erscheinungen. Der sonst so gefällige Berliner Arbeiter weigert sich hartnäckig, dem Passanten, der ihn um Feuer anspricht, diesen kleinen Dienst zu erweisen, obwohl er eine brennende Zigarre im Munde hat. „Sie wollen ja doch bloß die Zigarette da anstecken, dazu gebe ich kein Feuer, die ist boykottiert.“ Der feuerlose Zigarettenraucher kann noch zehn andre Arbeiter bitten, er bekomme immer dieselbe Antwort und muß schließlich zur Zigarre greifen. Besonders interessant ist jetzt auch abends eine Fahrt im Ringbahnwagen, der mit Arbeitern gefüllt ist, die ihrem Heim zustreben. Während sonst die jüngeren unendliche Mengen Zigaretten rauchen, findet man das jetzt nur selten. Bindet sich doch ein junger Arbeiter eine Zigarette an, so wird von den begleitenden älteren Kollegen die Marke genau darauf geprüft, ob sie frei ist; im andern Falle bedarf es nur einer kurzen Moralpredigt und der Karton mit den boykottierten Erzeugnissen fliegt aus dem Fenster.“

Es ist zu erwarten, daß auch unter der Leipziger Arbeiterschaft alles getan wird, was geeignet erscheint, die um ihr Koalitionsrecht kämpfenden Zigarettenarbeiterinnen zu unterstützen. Wie die Leipziger Volkszeitung mitteilt, sind 125 000 Flugblätter, die sich auf die Aussperrung der Zigarettenarbeiterinnen beziehen, unter der Leipziger Bevölkerung verteilt worden. Hoffentlich bleibt der Erfolg nicht aus.

### Rundschau.

**Konservative Arbeiterfürsorge.** Im Zentralorgan der sächsischen Konservativen, dem Vaterland, wird ein mit „Halt!“ überschriebener Artikel veröffentlicht, der sich mit der Sozialdemokratie in Deutschland beschäftigt. Der Artikel lehnt sich an Auslassungen des bekannten Scharfmacherblattes, die Hamburger Nachrichten, an, in denen über die „Springflut sozialpolitischer Forderungen“ geizet und ein Stillstand im Ausbau der sozialpolitischen Gesetzgebung gefordert wird. Das Vaterland macht sich diese Auslassungen zu eigen und bemerkt dazu:

„Ja, was haben wir denn durch unsre mit so großen Erwartungen in Szene gesetzte und von den Theoretikern bis in den Himmel gehobene Sozialpolitik erreicht?“

Hat man denn wirklich das erzielt, was den bürgerlichen Parteien als Endzweck der gesamten Sozialpolitik vorgeworfen wurde und wozu allein sie immer auf neue stetig wachsende Geldopfer aufbringen, die Zufriedenheit der Massen, ihre Ausöhnung mit den bestehenden wirtschaftlichen Verhältnissen?

Nicht eine Stimme der Anerkennung oder auch nur der Zustimmung hat sich erhoben aus der Mitte derjenigen, für die all die schönen Versicherungen geschaffen worden sind; weit entfernt, die Massen sind nie zufriedener gewesen und werden nur immer begehrlischer. Jeder Schritt, der ihnen entgegen gemacht wird, wird von ihnen nur als Zeichen der Schwäche und der Angst vor ihrer energischen Zähigkeit ausgelegt, jedes neue Zugeständnis seitens der Bemittelten und Arbeitgeber nur als Ausgangspunkt für neue Forderungen angesehen und ausgenutzt. Schier unerträglich ist die Begehrlichkeit der Massen, immer wieder erschallen die Rufe: „nicht genug“ und „mehr, mehr!“

Es heißt dann weiter in dem Artikel, die ganze deutsche Sozialreform befinde sich auf einer schiefen Ebene, der Graf Posadowsky habe das zu spät erkannt, als er endlich 1901 vor einer weiteren Ausdehnung der Alters- und Invalidenversicherung gewarnt habe. Dann wird weiter mit echt christlicher Nächstenliebe, die das liebe Vaterland ja so gern zur Schau trägt, von einer Massenhysterie, der Renten-hysterie, gesehelt. Ein Karlsruher Arzt, der wahrscheinlich Vertrauensarzt einer Berufsgenossenschaft ist, wird als Kronzeuge dafür aufgerufen. Und dessen Aeußerungen macht sich das Vaterland ebenfalls zu eigen. „Tausende und Abertausende“, so hat dieser Arzt gesagt, „von Arbeitern hätten seit Erlaß der Fürsorgegesetze nur den einen Gedanken: wie sie Staatsrentner werden könnten.“ Dann heißt es im Vaterland weiter am Schluß: „Die deutsche Arbeiterfürsorge aber überhebt die Arbeiterschaft nicht nur der Sorge für die Zukunft und dem Sparen, sondern sie vermeißlicht und entfittlicht geradezu das Volk, indem sie es zum Aufmerken auf die geringsten körperlichen Schmerzen aneifert und ein Simulantentum groß zieht.“

Durch eine solche Begründung will das konservative Blatt sein „Halt!“ für den weiteren Ausbau der Sozialreform begründen. So sieht die vielgerühmte konservative Arbeiterfürsorge aus. Als Betrüger und Simulanten stellt man ohne weiteres die deutschen Arbeiter hin.

### Litterarisches.

Von der Gleichheit, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer) ist uns soeben Nummer 13 des 15. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Die deutschen Arbeiterinnen in den Gewerkschaftsorganisationen. — Eine dringende Forderung. Von Gertrud Zuber. — Die soziale Seite der Totgeburtensfrage. Von ad. hr. — Die sechste Generalversammlung des Bundes deutscher Frauenvereine. — Ein ernstes Wort zu unserer Zeit. Von W. Köhler. — Aus der Bewegung: Von der Agitation. — An die Frauen und Mädchen der arbeitenden Bevölkerung im Kreis Essen. Von Agnes Plum. — Politische Rundschau. Von G. L. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Notizen: Gewerkschaftliche Arbeiterinnenorganisation. — Sozialistische Frauenbewegung im Auslande. — Kinderarbeit. — Quittung. — Feuilleton: Parteileben. Sprüche von Gottfried Keller. — Das Wunder. Von Lu Märten. — Der Schöngest. Von Gottfried Keller. (Gedicht.)

Frauen-Beilage: Gesang der Geister über den Wassern. Von Wolfgang Goethe. (Gedicht.) — Unsrer Gesundheit: 5. Der Bestand. Von Dr. Adams-Lehmann. — Etwas von Frauen und Frauenbüchern. Von W. Z. — Rosenwacht. Von Gottfried Keller. (Gedicht.) — Mutter Natur als gute Hausfrau. Von Gertrud David. — Für die Hausfrau. — Allerlei. — Hoffnung. Von Wolfgang Goethe. (Gedicht.)

Der Wahre Jakob hat soeben die 13. Nummer seines 22. Jahrganges erscheinen lassen. Aus dem Inhalt derselben erwähnen wir die beiden farbigen Bilder Eine großartige Sozialreform und Neue hanseatische Wappenbilder, sowie die Illustrationen Die Zehnplumigulage der Eisenbahner, Das Blindenspieler, Die Entscheidung nach, Der Fünf-Mark-Patrot, Zur Einstellung des Flöhenjeseppes, Der Synodalbeschluss, Flöhenjese, Bilder aus dem Arbeiterleben, Die preußischen Herrenhäuser unter sich. Der textliche Teil bringt die Gedichte Es ist erreicht von Erich Mühsam, Die faulen Arbeiter, Bremer Taufen, Der Hochzeitsfürst, Komödie, Die falsche Adresse, Flöhenjese und außer zahlreichen kleineren Beiträgen das größere Feuilleton Zur neuen lex Heinze. Der Preis der 12 Seiten starken Nummer ist 10 Pfg.

**Abteilung für Detail-Verkauf**  
grösstes Geschäft dieser Art  
am Platze.  
**H. Edling, Bremen-Neustadt**  
empfiehlt als sehr preiswert  
Sumatra-Decker 120, 130, 140, 150, 160, 180, 190, 200, 220, 230, 240, 250, 300, 320, 350 Pfg.  
Sumatra-Umblatt 95, 100, 110, 120 Pfg.  
Java-Decker 140, 160, 180, 200 Pfg.  
Java-Umblatt 85, 90, 95, 100, 105, 110, 120, 125 Pfg.  
Java-Einlage 75, 85, 90 Pfg.  
Brasil-Decker 120, 130, 150, 160, 170 Pfg.  
Brasil-Einl. u. Umbl. 75, 80, 85, 90, 95, 100, 110, 120, 130 Pfg.  
Mexiko-Decker 130, 260, 280 Pfg. (deckt mit 3 Pfg.).  
Mexiko-Umblatt 110, 120 Pfg.  
Havana 110, 120, 160, 180, 250, 450 Pfg.  
Hara-Cuba 110, 130, 160 Pfg.  
Seedleaf 75, 80, 85, 90, 95, 100 Pfg.  
Domingo 75, 80, 85, 90, 100 Pfg.  
Carmen 75, 80, 90, 100 Pfg.  
Lobant, rein überseich, 70, 75 Pfg.  
Gemischte Original-Zabate 80 Pfg.  
Kentucky 75, 85, 90 Pfg.  
Breise verzollt per 1/2 kg.  
Kredit nach Uebereinstunft.

**Rohtabak!**  
Carl Roland, Berlin SO.  
Kottbuser Straße 3a  
empfiehlt  
**Sumatra**  
feine mittelbraune Farben, schneeweiß, geschlossener Brand, Deckkraft kaum 1/2 Pfund  
per Pfund nur Mk. 2.80.

**Northeimer Zigarren-Tabake**  
stark brennend und ff. in Qualität  
offert billigst  
**H. Kassebeer**  
Northeim (Prov. Hannover).

**Oschag!**  
In Hauptverkehrsstraße ist ein Laden mit Wohnung sofort  
**zu vermieten.**  
Für Zigarrenbranche vorzüglich geeignet. Offerten unter H. R. 004 an Invalidendank, Dresden, erbeten.  
In einer Mittelstadt ist ein Grundstück mit hellen Räumen (gesekht 30 Arbeiterzulässig), in denen seit 20 Jahren Zigarrenfabrikation betrieben wurde, weg. Todesfall zu verkaufen oder zu vermieten. Billige Arbeitskräfte und sämtl. Utensilien vorhanden. Näheres unter L. 15 an Haasenstein & Vogler A.-G., Rochlitz l. Sa.

Verlangen Sie und Zigarren führende Geschäfte über die großartig wirkende Reklame  
**„Die leuchtende Zigarre“**  
(D. R.-G.-M. Nr. 221 416, 222 932, Gold. Med. München 1904) Musterbl. und Preise.  
O. Würscher, Leipzig, Katharinenstrasse 2, I. Fabrik moderner Reklame-Neuheiten.

**Achtung!!**  
Unserem Freund und Kollegen **Chr. Heck** zu seinem am 23. Juni stattgefundenen 31. Wiegenfest ein dreifach donnerndes Hoch, daß die Bierhalle knallt und bei seiner Laubin im Schlag wiederhallt.  
Christian, laß Dich nicht lumpen, der Küffelmirt wird pumpen!  
Kufrut! Kufrut! Kufrut!  
Deine durstigen Brüder der Zahlstelle **Schorndorf.**

**Wickelmacherin**  
welche auch rollen kann, findet bei gutem Lohn und anständiger Beschäftigung Beschäftigung. Offerten mit Angabe der Adresse im Verbands-Bureau des Tabakarbeiters, Dresden, Volksbaus.  
**2 Zigarrenmacher**  
die sich selbst Wickel machen, finden sofort Arbeit bei **Heinr. Schmidt, Schwabach bei Nürnberg.**

**Brasil-Einlage** geschnitten, zu 3- sehr geeignet, verlandet gegen Nachnahme von 85 Pfg. pro 1/2 Kilo  
**F. N. Radeleff**  
Altona bei Hamburg.

**Günstiges Angebot!**  
Eine kleine, seit 15 Jahren bestehende **Zigarrenfabrik mit Grundstück** auf dem Lande in Schlesien ist für den billigen Preis von 2000 Mk. zu verkaufen. Anzahlung gering.  
Werte Offerten bitte unter **M. B. 100** in der Exped. d. Blattes niederzulegen.

**Gelegenheitskauf.**  
**Das erste Kochbuch**  
im jungen Haushalt.  
Von Therese Wilhelm.  
377 Kochvorschriften.  
200 Seiten Text. Sachregister.  
Zugleich ein 115 Seiten starkes Notizbuch zum Eintragen von Rezepten.  
Statt 3 Mk. nur 50 Pfg.  
Zu beziehen durch die Expedition des **Tabakarbeiters, Leipzig, Tauchaerstr. 19/21.**  
Bitte die Herren Bevollmächtigten der Zahlstellen, mir Nachricht über den Zigarrenmacher **Otto Ritter** zu geben.  
**Ernst Tietz**, Zigarren-Fabrikant **Bismirkt bei Magdeburg.**  
Unserem werten Kollegen **Ludwig Müller** und seiner Ehefrau **Elise geb. Holzappel** zu ihrer am 4. Juli stattfindenden **silbernen Hochzeit** die herzlichsten Glückwünsche.  
**Die Mitglieder der Zahlstelle Schwewe.**

**Codes-Anzeigen.**  
Berichtigung. Am 23. Mai verstarb das langjährige Mitglied **Georg Meinert** aus Neumünster im Alter von 23 Jahren.  
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm **Die Mitglieder der Zahlst. Neumünster.**

Am 20. Juni verstarb in Geestemünde unser früherer Mitarbeiter und langjähriges treues Mitglied **August Rinke** aus Glaz in Schlesien.  
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm **Die Mitglieder der Zahlst. Altenbruch.**

Am 20. Juni verstarb nach langem schwerem Leiden an der Berufskrankheit unser Kollege, das Mitglied **Otto Sawade** im Alter von 28 Jahren.  
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm **Die Mitglieder der Zahlstelle Frankfurt a. M.**

Am 22. Juni verstarb das Mitglied **Adolf Reichelt** im Alter von 21 Jahren an der Lungentzündung.  
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm **Die Mitglieder von Breslau.**

Am 22. Juni verstarb das Mitglied **Berta Schwinger** aus Freiberg im 27. Lebensjahre.  
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihr **Die Mitgliedschaft Freiberg in Sa.**

Am Donnerstag, den 22. Juni, verstarb unser Kollege **Wih. Mollenhauer** aus Brandenburg im Alter von 47 Jahren.  
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm **Die Mitglieder der Zahlstelle Brandenburg.**

**Briefkasten.**  
Berichts-Inserate müssen gestempelt sein. — Andere Inserate sind vorher zu bezahlen. Bei Einlieferung der Beiträge ist stets die Nummer des Blattes mit anzugeben.  
**E. P. Jastrow** 80 Pfg. — **M. G., Hildesheim** 60 Pfg. — **A. Sch., Würzburg** 70 Pfg. — **F. S., Schorndorf** 1.20 Mk. — **H. R., Nürnberg** 50 Pfg. — **A. G., Schwewe** 60 Pfg.